

# 1906 2190 Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon  
Nr. 1206.

Telephon  
Nr. 1206.

Nr. 176.

Mittwoch, den 1. August 1906.

17. Jahrgang.

## Der Schwarz-weiße Schrecken.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Vergeblich hat die deutsche Regierung versucht, die Interventionsgerüchte durch reichlich verspätete Dementis niederzuschlagen. Die Veröffentlichungen der offiziellen Petersburger „Kossija“, mochten sie nun zutreffend oder unzutreffend gewesen sein, waren auf alle Fälle ein politisches Ereignis, dessen Wirkungen heute garnicht übersehen werden können. Im russischen Volk löst der Haß gegen das offizielle Preußen-Deutschland, dem die Schuld an der augenblicklichen Wendung der Dinge zugeschrieben wird, und es läßt sich schwer prophezeien, wo die deutsche Regierung zu liegen kommen wird, wenn sich das Blatt abermals wendet. Diese Taktik der russischen Regierung geht offenbar dahin hinaus, im geeigneten Augenblick nach Rischinow-Bialystoker Muster einen neuen Pogrom zu provozieren, der sich aber nicht gegen die Juden, sondern gegen die Deutschen richten soll. Die Nichtigkeit dieser Auffassung wird von zahlreichen in Rußland lebenden Reichsdeutschen bezeugt, die ihre Situation durch die Wachsen-schaffen der Bande Goremykin-Gurlo-Stolypin und ihrer deutschen Gehilfen schwer bedroht sehen. Denn heute vereinigen sich im Haß gegen Preußen-Deutschland zwei russische Strömungen: die international-revolutionäre, die in Preußen den Hüter der Reaktivität erkennt, und die nationalchauvinistische, die von einem Eingreifen Deutschlands eine neue Demütigung Rußlands und den Verlust wichtiger Provinzen befürchtet. Diese in russischen Volk gährenden Stimmungen schilbert der Petersburger Berichterstatter der agrarisch-konservativen „Deutschen Tageszeitung“ sehr anschaulich. In einem „Deutschfeindliche Wirkungen des Kossija-Artikels“ überschriebenen Briefe schreibt er:

Der Artikel ist, obwohl er aus der Feder des Gehilfen des Ministers des Innern, Gurlo, stammt, von der Regierung als vom Anfang bis zum Ende erfunden hingestellt worden. Nichts-bekanntere zieht er noch heute seine Kreise. Die leitenden Kreise stellen diesen Artikel als Schreckensart in die Adresse der zuletzt ganz revolutionär gewordenen Reichsduma hin. Andere gut unterrichtete Kreise sehen in ihm eine an die Adresse des liberalen Teils der Hofpartei gerichtete Warnung. In einfachen Volk macht sich plötzlich wieder die alte Gehässigkeit gegen alles Deutsche bemerkbar. Den leitenden Kreisen ist es sehr angenehm, die Gesonanten von den Vorgängen im Innern des Reiches aus Rußland zu lenken, zudem hofft man, die einfache Stille gegen den revolutionären Zusammenbruch, das Nationalgefühl, wieder zu erwecken. Daß dieses Nationalgefühl nur im Deutschenhaß bestehen kann, daran zweifelt kein russischer Patriot.

Es hätte wenig gefehlt, und wir hätten in Petersburg eine Auswanderer-, zumal eine Deutschhass-, gehabt. Die Warnungen, die am 7. 20. Juli dem deutschen Botschafter und dem bayerischen Gesandten zuteil geworden sind, sind in belächelten Strahlen nicht zu zerren, beruhen auf dieser Gefahr. „Nur Kaiser Wilhelm hat nun wir es zu verbanken, daß die Regierung es gewagt hat, die Reichsduma aufzulösen“, heißt es unter den Arbeitern.

Das ist unverfälscht russische Diplomatie. Herr Gurlo, Stolypins rechte Hand, veröffentlicht im russischen Regie-

rungsorgan einen Artikel, in welchem angekündigt wird, daß dem Zaren erforderlichen Falls auch noch die deutschen und österreichischen Soldaten zur Verfügung ständen. Unter dem Druck der Stimmung, die durch diese Enthüllung hervorgerufen wird, wird die Duma aufgelöst. Das Ministerium Goremykin dementiert den offiziellen Artikel und stürzt. An seine Stelle tritt „der Kiese des Gedankens und der Tat“, Herr Stolypin, der zu dem Verfasser des „Kossija“-Artikels im engsten dienstlichen Verhältnis steht, und die erste Tat des neuen Premierministers ist es, die reichsdeutschen und bayerischen Diplomaten in Petersburg vor der angeblichen Gefahr zu warnen, die ihnen von revolutionärer Seite drohen soll. Wer trägt aber die Schuld an dieser verschärften Stimmung gegen Deutschland? Dieselbe Regierung, die den deutschen Diplomaten heuchlerisch freundschaftliche Ratschläge erteilt.

Wie verhält sich nun aber die preußisch-deutsche Regierung zu diesem nichtswürdigen Spiel? Sie tut zunächst, als ob das alles sie gar nichts angehe, und während sich die ganze Welt in heller Aufregung befindet, gibt sie sich den Fremden einer durch nichts zu störenden Ferienstimmung hin. Seit Wochen bejubelt sich keine der leitenden Persönlichkeiten, weder der Kaiser, noch der Kanzler, noch der Vizekanzler am Hauptort der deutschen Staatsgeschäfte, die Berliner Regierungsgebäude sind verödet; nur Herr v. Tschirschky, der neugeborene Staatssekretär des Auswärtigen, hält noch Wache — oder ist auch er verreiselt? Kurz, nichts rührt sich, nichts regt sich. Erst nach der Dumaauflösung, nach dem historischen 22. Juli, rafft sich das Organ der deutschen Regierung zu einem verschlafenen Dementi auf, in welchem das deutsche Volk höflich ersucht wird, loyale Zurückhaltung zu üben, und sich aller einseitigen Parteinahme in russischen Angelegenheiten zu enthalten.

Jetzt aber beginnt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ „Kossija“ zu spielen. Auch sie veröffentlicht nämlich jetzt Artikel, die im Schroffen und auffallenden Widerspruch zur halb-offiziellen Erklärung der deutschen Regierung stehen. In ihrer letzten Sonntag-Morgenausgabe betätigt sie ihre loyale Zurückhaltung in einem wütenden Schimpferguß gegen die russische Duma und die russische Revolution. Hier wird der Staatsrechtler Stolypin in einer Weise verhöhnt, wie es ein russisches Organ der russischen Regierung heute kaum wagen würde. Die Duma, heißt es hier, habe sich in revolutionären Phrasen berauscht und die Vorbereitung des revolutionären Komitees zur Aufwiegung der Massen“ unterstützt. Und weiter liest man wörtlich:

Durch die Maßnahme der Regierung, die im Gegensatz zu dem Verhalten der Duma beweist, daß die monarchische Gewalt aus dem öffentlichen Leben Rußlands noch nicht ausgeschaltet war, sind die revolutionären Elemente, die sich bereits als Herren der Situation fühlten und ausführten, offenbar so überrascht worden, daß sie augenblicklich lahmgelegt waren. Ob es ihnen gelingen wird, sich nun zu sammeln und erneute Erschütterungen des Staatskörpers herbeizuführen, muß die Zukunft lehren. Bleibt das Meer trocken, was zu bezweifeln kein Anlaß vorliegt, so werden Anschuldigungen gegen die Staatsgewalt erkräftigt werden. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands bedeutet es keineswegs, wenn man bei ihrer Betrachtung

von der Auffassung ausgeht, daß weder die erste Duma noch die revolutionären Elemente, die das russische Volk durch Ströme von Blut treiben möchten, berufen gewesen sind, sich zu unerbittlichen Interpretieren der wirklichen Bedürfnisse der russischen Revolution aufzuwerfen. Im übrigen lassen wir jede Nation nach ihrer Fassung fertig werden, was uns nicht hindert, die Hebezeugung zu vertreten, daß die sozialrevolutionären Bestrebungen in Rußland ebensowenig anderswärts niemals Bestand haben werden. Deutsche Interessen aber erscheinen im Falle Rußlands nicht, daß dort eine in anderen Staaten mehr oder minder bewährte Verfassungsfähigkeit zur Einführung gelangt.

Diese infame Verleumdung der Duma und der hinter ihr stehenden russischen Volksträfte, diese kaum mehr verhöllte Aufforderung an den Parisismus, zu den alten Formen des Selbstherrschertums zurückzukehren, kennzeichnet die Haltung der deutschen Regierung besser, als ihre feierlichen Erklärungen. Der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird einen neuen Sturm der Empörung wider das Deutsche Reich hervorrufen. Die russischen und deutschen Regierungsjournalisten arbeiten einander in die Hände, wie es die Regierungen selber tun. An dem Tage, an dem in Rußland die — nicht von revolutionärer Seite geführte — Hege gegen die hunderttausend dort lebender Reichsdeutschen ausbrechen wird, werden beide sagen dürfen: „Es ist erreicht!“ Inzwischen aber werden die revolutionär gesinnten Elemente beider Staaten nicht müde werden, die von den Regierungen gemeinsam verübten Verbrechen den Völkern zu denunzieren, um schlimmes zu verhindern, so lange es noch Zeit ist.

## Politische Hebersicht.

### Einen neuen Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht

unternimmt der bekannte freikonservative preussische Landtags-Abgeordnete Freiherr von Jeditz und Neukirch in Scherf's „Tag“. Er erklärt abermals, dem gleichen Wahlrecht müsse zu Leibe gegangen werden, das gleiche Wahlrecht zum Reichstagswahlrecht reformieren, daß der Handarbeit ihr volles Recht wird. Die sozialdemokratische Partei sei eine Partei der Revolution geblieben, nur sei die Form der Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts nicht der Straßenkampf, sondern der politische Massenstreik, für den die sozialdemokratische Partei mit der Zeit auch die Gewerkschaften gewinnen würde. Auch die Eisenbahner würden, namentlich seit Bundes Lode, planmäßig in sozialdemokratischem Sinne bearbeitet. „Staat und Gesellschaft stehen mit verschränkten Armen gebildet zu, wie die Mine geladen wird, die sie in die Luft sprengen solle.“ Die Gefahr des Massenstreiks könne aber nicht beseitigt werden, so lange die Arbeiter an die Macht der Sozialdemokratie glauben, dem Proletariat die Alleinherrschaft im Deutschen Reich verschaffen zu können. Die Grundlage dieses Glaubens bilde das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Denn in Preußen seien 60 Prozent der Bevölkerung steuerfrei, weil ihr Einkommen unter 900 Mark betrüge, während doch ein großer Teil der industriellen Arbeiter Steuer zahle. So steht Herr von Jeditz die Gefahr in un-

## Madame Therese.

Von Erdmann-Charian.  
Deutsch von Friedrich Fr. Rückert.

33]

„Dies habe ich als sicher verbürgt erfahren und zwar aus dem Munde eines republikanischen Kommandanten, der am zweiten Tage der Schlacht durch einen Flintenflug am Schenkel verwundet wurde. Der Doktor Feuerbach, ein alter Universitätsfreund von mir, hat mich zu diesem Manne geführt; wenn dies nicht gewesen, hätte ich nichts Zuverlässiges vernommen, denn von den Preußen hört man nur Proklamationen. — Die ganze Stadt spricht von die'en Ereignissen, oder natürlich jeder nach seiner Weise; eine große Bewegung herrscht hier da unten: Flüge von Vermundeten gehen unaufhörlich nach Mainz, das Städtchen ist mit Kranken überfüllt und die Bürger sind gezwungen, Bestierte bei sich aufzunehmen, bis mehr Platz geschafft wird.“

Es läßt sich denken, mit welcher gespannten Aufmerksamkeit Madame Therese diese Erzählung anhörte.

„Ich lebe... ich lebe...“ sagte sie traurig, die Hand auf die Schläfe gestützt, „bei uns fehlt das sichere Zueinander-greifen, das Zusammenhalten.“

„Nichtig, das feste bei Euch, und das sagen alle in Kaiserstaaten, aber dessenungeachtet erkennt man den Mut und selbst die außerordentliche Kühnheit der Republikaner an. Wenn sie mitten im Gelnetzer der Gewehre und dem Donner der Kanonen: „Lanbau oder Tod!“ riefen, daß die ganze Stadt es hörte, ergreift alle ein tiefes Entsetzen. Jetzt sind sie auf dem Rückzug, aber der Braunschweiger hat nicht gewagt, sie zu verfolgen.“

Nach einer augenblicklichen Pause fragte Madame Therese: „Und von wem wissen Sie, daß unser Bataillon nicht beteiligt gewesen ist, Herr Doktor?“

„Ich, durch den republikanischen Kommandanten; er hat mir gesagt, daß das erste Bataillon der zweiten Brigade einige Tage vorher in einem Gebirgsdorf schwere Verluste erlitten hätte, wie es auf der Seite nach Lanbau zu auf Reorganisation ausgeht war, und aus die'm Grunde in die Reserve gestellt wäre. Dies beweist mir, daß er eine genaue Kenntnis von allem hat.“

„Wie heißt dieser Kommandant?“

„Pierre, Korsart: er ist ein großer Mann mit braunem Haar und schwarzen Augen.“

„Ich kenne ihn recht gut, ja, ja, ich kenne ihn“, erklärte Madame Therese, „er war im letzten Jahre Kapitän bei unserem Bataillon. Wie, dieser arme Korsart ist Gefangener? Ist seine Wunde gefährlich?“

„Nein, Feuerbach teilte mir mit, daß er davon kommen werde, doch würde einige Zeit darauf hingehen“, entgegnete der Onkel.

Dann fuhr er mit seinem Nicken und bingelnden Augen fort: „Ja, ja, dies hat mir der Kommandant erzählt, aber er hat mir auch noch andere Dinge berichtet, interessante, ganz außerordentliche Dinge, von denen ich mir nie hätte träumen lassen.“

„Und was ist denn das, Herr Doktor?“

„Ah, ich war wirklich ganz erstaunt“, bemerkte der Onkel, indem er mit dem Finger den Tabak in seiner Pfeife fester drückte und geradeaus lebend eine dicke Rauchwolke von sich blies, „wirklich ganz erstaunt... und doch nicht allzu sehr, nicht allzu sehr, denn betarrige Gedanken waren mir schon früher gekommen.“

„Aber mein Gott, was ist es denn, Herr Jakob?“ fragte Madame Therese vorlegen.

„Ei, er hat mir von einer gewissen Bürgerin Therese erzählt, von einer Art Kornelia, die in der ganzen Mosel-Region bekannt ist und die die Soldaten kurzweg „die Bürgerin“ nennen. Se, he, he, es scheint, daß es dieser Bürgerin da nicht an einem gewissen Mut fehlt.“

Und sich zu Lieblich und mir wendend, sagte er: „Denk Euch: Eines Tages, als der Führer ihres Bataillons getötet war, gerade als er im Begriff stand, seine Reste mit sich fortzusetzen und den Übergang über eine Brücke zu erzwingen, die von einer Batterie und zwei preussischen Regimentskern vertheidigt wurde, und als die letzten Republikaner, die schrecklichsten unter diesen mutigen Leuten zurechnen, da, denkt Euch, hat die Bürgerin Therese die Fahne ergriffen und ist ganz allein auf die Brücke losmarschiert, indem sie ihren Bruder anfuhrte, vor ihr, wie vor einer ganzen Armee, Sturm zu schlagen. Dies nun hat einen solchen Eindruck auf die Republikaner gemacht, daß sie schließlich vorwärts schritten und sich der Kanonen bemächtigten. Admt: Ist Euch so etwas vorgefallen? Das hat mir der Kommandant Korsart erzählt.“

„Und es ist, besonders ich, mit teilnehmender Augen Madame Therese ganz überrascht anzusehen, dabei war sie ganz im Gedanken war.“

„Ja, ja“, erklärte der Onkel, „man erfährt jeden Tag etwas Neues. Das ist groß, das ist schön! Fürwahr... obgleich ich ein Freund des Friedens bin, so hat mich dies doch tief ergriffen!“

„Aber, Herr Doktor“, antwortete endlich Madame Therese, „wie können Sie glauben...“

„Ah!“ unterbrach der Onkel sie, indem er seine Hand ausstreckte, „dies hat mir der Kommandant nicht allein erzählt; zwei andere verwundete Kapitäne, die auch da waren, waren hocherfreut, als sie hörten, daß die Bürgerin Therese noch am Leben sei... Die Geschichte mit der Fahne ist jedem, selbst den niedrigsten Soldaten bekannt.“

„Nun, wir wollen sehen... hat sie's getan oder nicht?“ fragte der Onkel mit zusammengezogenen Augenbrauen und Madame Therese ins Gesicht blickend.

Darauf senkte sie das Haupt, jing an zu weinen und sagte:

„Der Bataillonschef, der eben den Tod erlitten hatte, war unser Vater... wir wollten sterben, der kleine Jean und ich... wir waren in der größten Verzweiflung.“

Bei diesen Erinnerungen brach sie in lautes Schluchzen aus. Der Onkel beobachtete sie, wurde ernsthaft und sagte:

„Madame Therese, hören Sie, ich bin stolz darauf, einer Frau wie Ihnen das Leben gerettet zu haben. Mag auch der Tod Ihres Vaters oder irgend ein anderer Grund Sie zu dieser Tat veranlaßt haben, es war immer eine große, edle und mutige Handlung; ja, es war sogar etwas außerordentliches, denn tausende von anderen Frauen würden sich begnügt haben, zu jammern; sie würden ohnmächtig zusammengeknien sein, und man hätte ihnen keinen Lohn machen können. Aber Sie sind eine mutige Frau, und lange nachdem Sie Ihre große Verdienste vollbracht haben, weinen Sie, wo andere schon wieder vergessen. Sie sind nicht nur eine Frau, welche zwischen den Leuten die Fahne ergriff, sondern auch eine Frau, welche weint und aus diesem Grunde gerade nicht ich Sie so hoch...“

„Ich verleihe Ihnen, daß das doch dieses Hauses, welches früher von meinem Vater und Großvater bewohnt wurde, auch Ihre Anwesenheit geüht ist, ja, ja, geüht!“

Dies sprach der Onkel ernst und mit großen Nachdruck. Seine Pfeife hatte er auf den Tisch gelegt, weil er zu geüht war.

Endlich sagte Madame Therese: „Herr Doktor, machen Sie nicht weiter, aber Sie müssen mich fortgehen. Ich bitte Sie, reden Sie von allem, was mich nicht mag.“

mittelbare Nähe gerückt, daß das Deutsche Reich von seiner protestantischen Mehrheit von „sozialen, liberalen und kerntalen Demokraten“ und schließlich von den ersten ganz allein beherrscht werden könnte.

Die Logik ist niemals die starke Seite des Herrn von Jeddly gewesen, und außer ihm dürften wohl wenige Menschen in der Welt der Meinung sein, daß Angriffe auf das Reichstagswahlrecht geeignete Mittel seien, um die Gefahr politischer Massenstreiks zu beseitigen. Die Stärke des Herrn von Jeddly und seiner Standesgenossen bestand aber überhaupt niemals in Argumenten, sondern vielmehr in einem starken Interesseninstinkt und einem brutalen Willen, der rücksichtslos auf sein Ziel losgeht. So muß man auch den Artikel des Herrn von Jeddly nehmen, der vom Standpunkt der politischen Logik gesehen, ein lächerliches Machtwort ist, vom Standpunkt der politischen Psychologie betrachtet, aber ein bemerkenswertes Anzeichen von Strömungen ist, die in gewissen Kreisen immer stärker hervorbrängen. Es fehlt nicht an politischen Strauchdieben und Wegelagerern, die auf Gelegenheiten warten, und dieses verwegene Umsturzgeschäft wird erst ungefährlich gemacht sein, wenn es gelungen sein wird, es aus seinem Schutzhimmel, dem preussischen Landtag, zu vertreiben. Herr von Jeddly, der mit dem Revolver in der Hand dem deutschen Volke höchst unvorteilhafte Kaufgeschäfte mit Reichstags- und Landtagswahlrecht vorzuschlagen möchte, liefert den unwiderleglichsten Beweis dafür, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in den Einzelstaaten keine einzelstaatliche, sondern eine dringende Reichsangelegenheit ist. Das Reich hat alle Ursache, sein Wahlrecht nachdrücklich vor Beunruhigung zu schützen, die ihm von den Ritzern des schwarzweißen Dreiklassenwahlrechts ständig bereitet wird.

### Konto Fischer.

Zu dem neuesten Kolonial-Scandal, über den wir gestern berichteten, schreibt uns ein Mitarbeiter folgende interessante Betrachtungen:

Am Sonnabend wurde in Berlin bekannt, daß sich der Vorsteher der Bekleidungskommission beim Oberkommando der Schutztruppen, der Major Fischer, seit einigen Tagen in Untersuchungshaft befindet. Diese Nachricht erweckt den Eindruck, daß nunmehr die vollständige Katastrophe der deutschen Kolonialkorruption nicht aufzuhalten sei. Die engen Beziehungen die der Vorsteher des kolonialen Bekleidungsamtes mit dem bevorzugten kolonialen Kleiderlieferanten, der Firma Toppelkirch & Poddelski unterhielt, waren schon seit Jahren ein öffentliches Geheimnis. Beide Freunde, Major Fischer und Herr v. Toppelkirch betrauten vor Jahr und Tag am äußersten Ende von Groß-Lichterfelde zwei nahe bei einander liegende, noch recht beschuldene Häuschen. Später ging der Glückstern über beiden auf, und es war sicher nicht zum geringsten Teile die eminente Geschäftskenntnis des Landwirtschafsministers v. Poddelski, damals Reichspostmeister und Firmen-Mithaber, die diesen Umschwung der Verhältnisse hervorrief. Herr v. Toppelkirch überstreckte in einen anderen eleganten Teil der Berliner Gartenstadt, wo er sich eine kostbare Villa baute, und der Vorsteher des ärztlichen Bekleidungsamtes zog abermals in die nächste Nähe seines Freundes und Gönners, den er, wie ein Berliner Lokalblatt zu erzählen weiß, nicht anders als „Toppel“ anzureden pflegte.

Mit „Toppel“ aber ging es jetzt steil bergauf. Er erzielte durch seine Verbindung mit dem Bekleidungsamt Jahresumsätze von sechs bis acht Millionen. Das Abkaltuch, das er lieferte, erwies sich zwar nicht als besonders dauerhaft, desto dauerhafter aber war die deutsche Kreuz, mit der das Bekleidungsamt Fischer zur Bekleidungsfirma Toppelkirch hielt. Zwischen beiden wurde ein Vertrag geschlossen, durch welchen der Firma bis 1911 die Lieferungen für die Schutztruppe versprochen wurden. Der Reichstag, der dieses Verhältnis nicht zuträglich fand für die Taschen der deutschen Steuerzahler, drang auf sofortige Lösung der Verträge. Nun aber zeigte wieder die Firma Toppelkirch, damals Poddelski, wie hoch sie die Freundschaft zu schätzen weiß; sie verlangte für den ihr zugemuteten Rücktritt vom Vertrage eine Entschädigungssumme von rund sechs Millionen.

Nun ist einer aus dem kolonialpatriotischen Freundeskreise dahin gekommen, wohnt er allen Anschein nach schon viel früher hätte gedrückt werden müssen, wenn die Reichssteuerzahler vor schwerem Schaden hätten bewahrt werden sollen. Man wirft dem Major Fischer Annahme von Bestechungsgeldern und schwere Urkundenfälschungen vor, und damit ist die Untersuchung der kolonialen Scandalaffären aufhört auf eine Bahn geraten, auf der es kein Gehen und kein Zurück mehr gibt. Denn der Major Fischer wird sich schwerlich in die Rolle des einzigen Sündenbocks drängen lassen, durch dessen Ausprägung die berühmte „Integrität“ der preussisch-deutschen Verwaltung wieder hergestellt werden kann, sondern er wird sich als Angeklagter bemühen, den Beweis dafür zu erbringen, daß er nur zu tun versuchte, was andere ihm, bloß geschäftlich, vorgemacht hatten. Die naive Kreuz, mit der Fischer an seinem „Toppel“ hing, war auch allzu plump, sie beweist, daß er nicht imstande war, so delicate Angelegenheiten mit der richtigen geschäftlichen Bornehmtheit zu behandeln, und daß er vor allem nicht das Wichtigste verstand: nämlich mit der letzten Post abzufahren, sobald die Geschichte brenzlig wird. Aber der Major Fischer war eben kein Postmeister.

Kommt es zum Prozeß, so wird sich neben anderen wichtigen Feststellungen wohl auch ergeben, ob es wahr ist, daß der Reichsminister Fürst Bälou das gegen Fischer vorliegende Material schon kannte, bevor das erste Wort davon in die Öffentlichkeit drang, daß es aber trotzdem unterließ, gegen die schuldigen Beamten vorzugehen. Es wird sich ferner hoffentlich herausstellen, wie weit der preussische Kriegsminister Herr v. Einem vom wahren Sachverhalt unterrichtet war, als er im Reichstag mit zorniger Schwellen Entschlossenheit und vor fülliger Entschlossenheit gegen die Unkenntnis des kolonialen Militärbeamten-

tums gegen alle Verdächtigungen ruhmvoll verteidigte. Schließlich wird es sich kaum vermeiden lassen, endlich restlos die Beziehungen aufzuklären, die der bezettelt noch aktive königliche Staatsminister v. Poddelski zu seiner Firma unterhielt, die das Reich überbietet und einen hohen Offizier und Beamten auf die Bahn des Verbrechens geleitet haben. Schließlich wird auch das deutsche Volk Gelegenheit finden, zu erkennen, wie weit die papierenen Scheine der nationalen Ehre, der Vaterlandsliebe und der kolonialen Schwärmeret durch Metallbestände gedeckt sind, und ob wir wirklich Ursache haben, amerikanische Korruption und russisches Schmiergeldbetreiben für Dinge zu erklären, die unserer reinen „nationalen Eigenart“ völlig fremd sind. Kurz man wird die atemberaubenden Belege erhalten für eine Tatsache, die dem Spürsinn des Volkes längst nicht mehr entgehen kann, und die es in seiner deutschen Sprache dahin ausdrückt, daß eben der Fisch vom Kopf stinkt. Der Fisch, und nicht der Fische, der, wenn schuldig, doch nicht der Schuldige ist. Manche, die aus der herrschenden Korruptionswirtschaft reicheren Nutzen gezogen haben, werden in diesen Nächten in weicherem Bette schlafen als er.

Berlin, 30. Juli. Zu der Affäre des Majors Fischer erzählt die „P.“ von kompetenter Seite, daß der Inhaber der Firma Toppelkirch dem Major Darlehen im Gesamtbetrag von nahezu 100,000 M. gewährte. Fischers eigene Frau und ihr Vetter waren es, die die Anzeige gegen ihn erstatteten.

Bereits zieht der Scandal weitere Kreise. Wir erhalten dazu folgendes Telegramm:

Berlin, 31. Juli. Frau v. Toppelkirch war es, laut „P.“, die den ersten Anstoß zu dem nunmehr schwebenden Verfahren gab. Gleichzeitig mit der seit zwei Jahren von ihrem Gemahl getrennt lebenden Frau v. Toppelkirch machte ein Vetter des Herrn von Toppelkirch der Kolonialbehörde die Meldung von den eigentümlichen pekuniären Beziehungen zwischen der Firma Toppelkirch und dem Major v. Fischer. Die Verhaftung erfolgte bereits vor nunmehr 10 Tagen, was verheimlicht wurde. Desgleichen mußte sich auch Herr v. Toppelkirch einer mehrfältigen Vernehmung unterziehen. Es soll bereits nachgewiesen worden sein, daß die Bewilligung zu hoher Preise an die Firma Toppelkirch durch Bestechungen erreicht worden sind, so daß dem Staat das Recht anheim dürfte, den noch laufenden Vertrag mit der Firma nach vor Ablauf der Frist zu kündigen oder zu lösen. Ferner wird dem „P.“ berichtet, der Kaiser habe telegraphisch rücksichtsloses Eingreifen in der ganzen Angelegenheit befohlen. Es ist daher nicht unmöglich, daß auch gegen den Obersten Ohnesorg wegen schlechter Information über seine Untergebenen eingeschritten werden wird.

### Des Freisinn's Dank an die Schwarzen.

Wie sehr der Freisinn jedes Gefühl für Selbstachtung und Selbstwürde verloren hat, erhellt aus einer Rede, die der soeben gewählte Abgeordnete für Hagen, Bürgermeister Cuno, bei Befanntwerden des Wahlergebnisses gehalten hat. Er sagte dort nach dem Breslauer Lumpen-Dehse-Organe:

Die freisinnige Volkspartei ist sich wohl bewußt gewesen, daß sie auf die Hilfe der anderen bürgerlichen Parteien angewiesen sei, um den Wahlsieg vor den Sozialdemokraten zu retten. Wenn nun dieser schöne Erfolg erungen ist, so ist das der Reibe zum Vaterlande zu verdanken, der die Parteien im gemeinamen Kampfe einigte. Ein Hauptverdienst daran ist der katholischen Bevölkerung zuzuschreiben. Die Wahl des Sozialdemokraten ist glücklich abgewendet worden, und das ist nicht zuletzt auch der hochw. katholischen Geistlichkeit zu verdanken. Der katholischen Bevölkerung gebührt also ein ganz besonderer Dank.

Man merkt offenbar garnicht, wie sehr man damit seine eigene Schande ins Land hinausposaunt. Vor denselben Schwarzen, die erst kurz vorher dem Freisinn im Nachbarfreise Aliena-Herlorn einen wohlverdienten Fußtritt gegeben, erstirbt in Hagen der Freisinn in kriegerischer Dankbarkeit. Die Wadenstrümpfer am Busen Roms — ein Schauspiel für Götter!

Es wird uns Sozialdemokraten 1908 eine diabolische Freude sein, an Herrn Cunos Dankgestammel an die Pfaffen und die Pfaffen die innige Konnexion zwischen den freisinnigen Pfaffenkindern der Reaktion und der schwarzen Verbummungsgarde Roms den Wählern zu illustrieren.

### Uebergeschnappt. In einer der letzten Nummern der „Gronauer Nachrichten“ heißt es nach der „Täglichen Rundschau“:

Stadtholz, 26. Juli. Am Montag Mittag gegen 12 Uhr iraten Sr. Durchlaucht der Erbprinz Emanuel von Salm-Salm mit Allerhöchster seiner Gemahlin Christina, geborenen Gräfin von Österreich nebst Prinzessinnen-Richten, von Schloss Altheim kommend, mit seinem auf das feinste und eleganteste eingerichteten Automobil hier ein. Die Allerhöchsten Herrschaften verweilten für die Zeit ihres Aufenthaltes im Hotel Sonntag, wo sie die Damen des Hofes durch längere, in feinsteller Weise gehaltene Unterhaltungen auszeichneten. Während Allerhöchster Aufenthalt nahmen höchstselben im Hotel Sonntag noch vorausgegangenem Frühstück Mittag ein solennes Diner ein und sprachen sich über die Verhältnisse der verabschiedeten Speisen und Getränke in huldvollster Weise aus.

Diese Masterleistung byzantinischer Uebergeschnaptheit, geht selbst der hochpatriotischen „Tägl. Rundschau“ wider den Strich. Sie bemerkt bißig dazu:

„Vielleicht hat sich dieser bessere Reporter einige Speisereste von der allerhöchsten Tafel in untertänigster Weise zu retten gewußt, um sie fortan als Reliquien aufzubewahren.“ — Und was soll man erst von den Leuten sagen, die in Generalanzeigen und anderen Schandblättern berartige Uebergeschnappter Patrioten täglich geblüht hinnehmen!

Bureaukraten-Verbortheit. Der Reichsminister und Finanzminister haben in Ausführung der Fahrkartenzener entschieden, daß abweichend von der Definition der öffentlichen Kleinbahnen bezugnehmend für Fernverkehrs Arbeiterkarten nur solche Personen sind, die mit mechanischen oder Handarbeiten beschäftigt werden, also zu den Arbeitern oder Arbeiterinnen im engeren, ja im engeren Sinne des Wortes gehören. Das Meer der oft schlechter als die mechanischen Arbeiter

bezahlten Handlungsgehilfen, Ladnerinnen u. fällt also nicht unter diese Kategorie und muß für seine Wochen- oder Monatskrambuhnen fortan Steuer bezahlen! Es verrät wenig sozialpolitisches Verständnis, daß man sich an maßgebender Stelle nicht die Auslegung zu eigen gemacht, wonach zum Bezuge steuerfreier Arbeiterfahrkarten in Zukunft alle dienenden Personen berechtigt sind, die nach § 1 des Invaliden-Versicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 versicherungspflichtig sind. Eine Befreiung aller der nach § 1 des Invalidenversicherungsgesetzes versicherungspflichtigen Personen von der Steuer würde dem Geist einer modernen Sozialpolitik mehr entsprechen haben, als die Uebernahme des Begriffs Arbeiter nach der engherzigen Auslegung der bureaukratischen Staatseisenbahnverwaltung. Die Einführung der Fahrkartensteuer vermehrt natürlich auch wieder das Schreib- und Formelwesen, da jeder Arbeiter bei der Straßenbahnverwaltung jetzt eine Bescheinigung vorlegen muß, daß er mechanischer Handarbeiter im oben erwähnten Sinne ist. So entdeckt man an der Fahrkartensteuer immer neue verborgene Schönheiten! Und die bornierteste sozialpolitische Unfähigkeit triumphiert!

Zur Stichwahl in Mittel-Hofgelsmar wird uns telegraphiert: Die freisinnige Volkspartei und der liberale Wahlverein für Mittel-Hofgelsmar fordern die Wähler auf, bei der Stichwahl bezugnehmend sozialdemokratischen Kandidaten als das kleinere Übel anzusehen und diese im also ihre Stimme zu geben.

Die Parole dient lediglich zur Gewissensberuhigung, denn die Freisinnigen wissen sehr gut, daß sie ihre Anhänger nicht in der Gewalt haben. Wie in Hagen das Zentrum — trotz entgegengesetzter Wahlparole — für den Freisinn stimmte, so wird hier der Freisinn höchstwahrscheinlich für den Judenreffer stimmen. Sollten wir uns wirklich einmal täuschen — umso besser für den Freisinn.

Verzweifelt. Ueber die Aussichten bei der bevorstehenden Reichstags-Verfassungswahl in Döbeln-Rosow ein Schreiben betitelt die „Dresdener Neuesten Nachr.“: „Der Wahlkreis zählt 27 821 Wahlberechtigten, davon haben 1903 im ganzen 24,165 gewählt. Das sind etwa neunzig Prozent, eine sehr rege Beteiligung, die bei der voraussichtlich im September stattfindenden Verfassungswahl schwerlich wird übertroffen werden. Man darf also ohne weiteres die Fiktion von 1903 als Grundlage für die voraussichtliche Gruppierung der Stimmen beibehalten. Im Jahre 1903 sind abgegeben worden: 5669 konservativ-antisemitische, 5434 nationalliberale und 19,162 sozialdemokratische Stimmen, so daß im ersten Wahlgang der Fabrikant Grunberg mit 2159 Stimmen Mehrheit gewählt wurde. Nehmen wir aber selbst diesmal eine noch um rund fünf Prozent höhere Wahlbeteiligung an und nehmen wir weiter an, daß die dadurch gewonnenen etwa 300 Stimmen alle auf den gemeinsamen Kandidaten fallen würden, so wäre gleichwohl der Sieg mit etwa 900 Stimmen noch auf Seiten der Sozialdemokratie, vorausgesetzt, daß es nicht gelingt, dieser die Wähler zu entziehen. Als solche kommen ausschließlich die Anhänger der freisinnigen Gruppen in Betracht, und von ihrem Verhalten wird also das Schicksal des Wahlkreises abhängen.“

Kleine politische Nachrichten. In Herne i. Westfalen von dem bei dem Grabenunglück in Courrières Verstorbenen Gebrüder Bergant, Buroff (Vater und Sohn), Dubbs und Berthou ein, um der Rettungsmannschaft der „Hibernia“ zu danken. — Die „Rheinische Zeitung“ bemerkt offiziell, daß eine große Flottenverlängerung in Aussicht steht. Was also bei der Gelegenheit unserer Offizierssozial heißt wie: Sie kommt doch! — Der preussische Bergwerksminister trifft Vorbereitungen zum Eintritt in das Kohlen- und Eisen- und auch wird die Niederbringung neuer Schächte auf den kasselerischen Bergwerken beschleunigt und Arbeiterkolonien errichtet. Der zweiten heftigen Kammer ein Antrag der Abgeordneten Schönbörger und Genossen betreffend die Uebernahme sämtlicher Volksschullasten auf den Staat zugegangen. — Königin Wilhelmina und das niederländische Volk dürfen noch auf ein Frohlocken des Hauses Dramen hoffen, so hat die „Rottd. Wgem. Bz.“ in ihrer Wochen-Rundschau festgestellt. Diese Behauptung dürfte wohl leider sehr „gegenstandslos“ und nur darum in die Welt gesetzt sein, um etwas auf die „Erörterungen“ in der Presse zu erwidern.

### Ausland.

Ein Triumph genossenschaftlicher Arbeit. Ein Freund sein, einzig in seiner Art und Größe, wurde kürzlich in Gent (Belgien) gefeiert. Es war das 25jährige Jubiläum der Genossenschaft „Doornik“ (Dornik), die in einem Festzuge als „die gute Mutter“ gefeiert wird. Der „Doornik“ ist entstanden aus winzigen kleinen Unternehmungen, die den Spott und Spott der Gegner herausforderten. Im Jahre 1873 gründeten 30 Mitglieder der zu jener Zeit schon arg zusammengeschrumpten „Internationale“ in Gent mit kaum 100 Fr. Kapital eine Genossenschaftsbäckerei. Diese wuchs und gedieh. Aber der Erfolg führte nach wenigen Jahren dazu, daß ein Teil der inzwischen stark gewachsenen Zahl der Genossenschaftler dem sozialistischen Gedanken untreu wurde und das Unternehmen in bürgerlichem Sinne geleitet wissen wollte. Die Bäckerei stellte im Anfang mit ihren einfachen Einrichtungen 1057 Brote in der Woche her. Jetzt werben in der neuen, mit 10 doppelten Heizwasseröfen ausgestatteten Bäckerei jede Woche 120,000 Brote gebacken. Schon im Jahre 1896 war der „Doornik“ so leistungsfähig, daß er den streikenden Kohlengräbern des Boringe 15,000 Brote senden konnte. Im Laufe der Jahre hat der „Doornik“ Metzger- und Kolonialwarenmagazine, Apotheken und Problemagazine eingerichtet. Nach einem großen Brande im Jahre 1897 wurden die Magazine prächtiger und größer wieder erbaut. Im Jahre 1902 wurde die Volksdruckeri gegründet, die größte und am besten eingerichtete Druckeri des Landes, verbunden mit einer reich ausgestatteten Buch- und Papierhandlung. In der Volksdruckeri wird jetzt auch der „Doornik“, das einzige sozialistische Tagesblatt in flämisch-belgischen, gedruckt, daneben noch 10 besondere sozialistische Wochenblätter. Es wurden weiter Produktivgenossenschaften der Zigarenmacher, der Maurer, der Bodarbeiter, der Metallarbeiter, der Holzarbeiter gegründet, und schließlich hat der „Doornik“ auch eine Genossenschaftswerkstatt errichtet.

Eine Frankenkasse des „Doornik“ wurde im Jahre 1900 durch Zusammenschluß von 19 kleinen Frankenkassen mit 2700 Mitgliedern gegründet. Die Mitgliederzahl war im Jahre 1905 bereits auf 30,000 gestiegen. Die Kasse beschäftigt 17 Ärzte, darunter sechs Spezialärzte, und verfügt über einen eigenen Operationsaal. Sie hat seit der Gründung 1,645,000 Frank Frankengeld ausgezahlt. Außerdem besteht seit 1897 ein Waisenanstalt, der in 4311 Geburtsfällen bereits für 16,745 Frank Unterstützung an Waisen und Vorgesessene geleistet hat. Im Jahre 1900 wurde ferner ein Pensionsfonds für Alters-Unterstützung gegründet, der bis zum April 1906 bereits 177,040 Fr. Pensionen ausgezahlt hat. Für das Geschäftsjahr 1906-1907 ist die Ausgabe für 194 pensionierte Mitglieder des „Doornik“ auf 20,733 Frank berechnet.

Für die geistige, stoffliche und ästhetische Erziehung seiner Mitglieder wie der gesamten Bevölkerung sorgt der „Doornik“ durch einen Studienverein, durch zwei große öffentliche Bibliotheken mit Zeitschriften, durch einen Bühnengesellschaft, durch Musik-, Gesang- und Turnvereine und durch einen Erziehungsverein (die „Volksschüler“), dem sich für Kämpfer

und junge Mädchen der Verein „Schwager Volkshilfen“ an- schließt.

Die Stadt der „Vooruit“ finanziell entwickelt hat, geht daraus hervor, daß die Bilanz von 1901 mit 15,984.20 Grant abschloß, dagegen die von 1905 die Endsumme von 3,200,928.39 frz. ausweist. Die Gebäude, die Maschinen und das Meublement des „Vooruit“ haben einen Wert von 1,981,000 frz.

Die Entwicklung beweist nicht nur, daß das Genossenschaftswesen mit dem Sozialismus zusammen wirken kann, sondern daß es in seiner wahren, vollen, vollkommenen Durchführung so gut wie untrennbar vom Sozialismus ist.

Ein Gesetz gegen die Ausperrungswut der Industriellen haben die französischen gelehrten Sozialisten in der Kammer eingebracht. Der Gesetzentwurf lautet: Wenn ein Industrieller infolge einer Differenz mit seinem Personal seine Fabrik schließen sollte, oder sich nach einem Streik weigern sollte, sie wieder zu den alten Bedingungen zu öffnen, muß er davon den Bürgermeister seiner Gemeinde informieren. Der Industrielle und kaufmännische Betriebe (Fabriken und Kaufhäuser) werden die gleiche Behandlung finden von diesem Augenblick an als verlassen zu gelten. Eine aus drei Arbeitern und vier Gemeinderäten bestehende Kommission, vom Bürgermeister ernannt, untersucht in den folgenden fünf Tagen die Sachlage; am sechsten Tage muß sie entscheiden, ob der Besitzer mit oder ohne Entschädigung zu reproprieren sei. Wegen dem Beschluß der Kommission soll es keinen Appell geben und 48 Stunden später können die Arbeiter, die sich zu einer Betriebsgenossenschaft zusammengeschlossen, die Fabrik übernehmen.

Die spanisch-französische Handelskonvention scheint entbrennen zu sollen. Am Sonnabend hat der spanische Finanzminister ein Dekret vorbereitet, durch welches die Räte auf Herkunft aus der Schweiz vom 1. August ab um 50 Prozent erhöht werden; das Dekret ist nach Santander geschickt worden, um dort dem König zur Unterzeichnung vorgelegt zu werden. Der Finanzminister hat jedoch erklärt, daß Verhandlungen mit der Schweiz nehmen ihren Fortgang, und es sei auf eine Verständigung zu hoffen.

Unterstützung aller Arbeiter in Frankreich. Der für Sonnabend angekündigte Ministerrat soll, wie die „Humanität“ erzählt, zu einem für die Verhältnisse bestehenden Ergebnis geführt haben, doch wird die Frage endgültig erst am Montag gelöst werden.

„Meuterer.“ Unter den Soldaten, welche zur Unterordnung des Streiks in Libisrieden (Schweiz) eingezogen sind, haben unsere Genossen ein Flugblatt verbreitet, das ihnen die Sachlage mitteilt und sie zu Gehorsamsverweigerung auffordert. Die Autoren sollen nun Genosse Siga als Verfasser wegen Meuterei und mehrere andere Genossen wegen Beihilfe angeklagt werden. Die Aufforderung ist aber, nach schweizerischem Gesetz, nur dann strafbar, wenn sie Erfolg gehabt hat, was bekanntlich — leider — nicht der Fall war.

### Partei-Angelegenheiten.

Zu einem erneuten Proteststurm gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht rufte für den Laßalle-Gedenktag bzw. den darauf folgenden Sonntag, also den 2. September, Genosse Franz Klübs in der „Märkischen Volksstimme“ auf. Seine Ausführungen gehen davon aus, daß bei der letzten Diskussion über die Massenstreikfrage die viel wichtigere Frage: Was wird nun aus der preussischen Wahlrechtsbewegung? fast ganz vergessen worden sei. Seit dem 18. März scheint die Wahlrechtsfrage ganz vergessen zu haben. Dazu aber sei für die preussischen Arbeiter weder Zeit noch Anlaß, namentlich im Hinblick auf die im nächsten Jahre uns bevorstehenden Landtagswahlen. „Gleichgültig, ob im Februar der Massenstreik opportun erscheint oder nicht. Gleichgültig, was gegenwärtig die Kommentatoren der Jenaer Massenstreik-Aktion dahinter suchen oder finden. Aber nicht gleichgültig ist, daß die preussische Arbeiterklasse den Kampf gegen das preussische Junkerparlament und seine verfassungsmäßige Grundlage nicht vergißt. Unausgesetzt, in allen Versammlungen, sollte der Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiter in Preußen fortgesetzt werden. Trotz der eifrigen Suche der staatsanwaltlichen Hilfsorgane sollten Flugblätter über ganze Land die Kunde tragen von der dauernden Entschagung der Arbeiterklasse und die Empörung wachrufen gegen die Vertreter des herrschenden Unrechts.“ Und um dieser Agitation gegen die Dreiklassenwahlrecht neuen Schwung zu verleihen, sollte der 31. August beziehungsweise der 2. September, der Sonntag nach dem Laßalle-Tage, zu einer Massen-Aktion für das Wahlrecht in ganz Preußen benutzt werden.

Wir sind gewiß mit Klübs uns darin einig, daß der Sturm gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht bedauerlicherweise eingeschlagen zu sein scheint, und daß es unbedingt notwendig ist, ihn zu neuem Leben, zu neuer Kraft zu erwecken. Aber zu einer solchen Massen-Aktion, wie Genossen Klübs sie in Erinnerung an den 21. Januar vorschwebt, erscheint uns die jetzige sommerliche Zeit denn doch nicht gerade die geeignetste. Zu einer solchen Aktion gehört vor allem Einheitlichkeit, und die wird jetzt innerhalb vier Wochen, wo ein Teil der Partei-funktionäre sich in den Ferien befindet und auch die Massen der Arbeiter von den Anstrengungen des ersten Halbjahres bedürfen, wo noch dazu die Partei-Organisationen mitten in den Vorbereitungen für den Mannheimer Parteitag stehen, schwerlich zu erreichen sein. Auch erscheint es uns taktisch nicht unbedenklich, dem Parteitage, der sich im Anschluß an die Massenstreik-Debatte sicher auch mit der Wahlrechts-Aktion verbunden werden muß, noch kurz vor seinem Zusammentritt vorzugreifen.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 31. Juli.

#### Der Vorortverkehr

Es ist so sehr zu einer unbedingten Lebensnotwendigkeit für jede Großstadt geworden, daß man es nicht recht verstehen kann, wie Breslau, und mit unserer schlesischen Hauptstadt alle übrigen Großstädte Preußens außer Berlin, bisher ohne diesen Verkehr bleiben konnten. Gerade in Breslau sind die Wohnungsverhältnisse so unheilvolle in Bezug auf Preise wie auf die Raumverhältnisse geworden, daß die minderbemittelten Bevölkerungsklassen immer mehr auf die Vororte angewiesen werden. Aber was nützen uns die günstigsten und billigsten Wohnungen in diesen Vororten, wenn sie mit Breslau keine gute und stützige Bahnverbindung haben, bezagt, daß das geschäftliche und gewerbliche Zentrum, die Arbeitsstätten, jederzeit leicht und ohne besonderen Geldaufwand erreicht werden können. Wir brauchen also billige Vorortortste und eine manntgaltige Verkehrsverbindung.

Am heutigen Tage haben die Vertreter von Vororten verschiedener preussischer Großstädte, darunter der Gewerkschaftsvertreter von Breslau, eine Audienz beim Verkehrsminister; hoffentlich gelingt es, hier einen Weg zu finden, der auch uns Breslauern den so dringend nötigen Vorortverkehr schafft.

### Sanft Georg Bender als Ritter für die Koalitionsfreiheit.

Die neugeschaffenen Arbeiter-Ausschüsse der Stadt Breslau traten am Montag zum ersten Male zusammen, und zwar wurden die Vertreter aller 10 Ausschüsse in die Turnhalle der Feuerwehr in die Wehnergasse zusammenberufen. Außer den Vertretern der Arbeiter waren auch eine Anzahl höherer städtischer Beamter einberufen, die der Eröffnung beiwohnten. Herr Oberbürgermeister Bender hielt die Eröffnungsansprache. Er wies darauf hin, daß er den Wünschen der Arbeiter entsprechend die Arbeiterausschüsse geschaffen habe und erhoffte dabei, daß diese Ausschüsse mit dazu beitragen würden, die Lage der städtischen Arbeiter zu verbessern. Dann besprach der Oberbürgermeister die Verhältnisse der städtischen Arbeiter, wobei er sich einige Seitenhiebe auf den Leiter des Gemeindefunktionäre-Verbandes, Genossen Mehrlein — den gefälligen fanatischen Sozialdemokraten — und die gefällige „Volkswacht“ nicht verweisen konnte. Selbstverständlich betonte dabei auch Herr Bender, daß er nichts gegen das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter habe, nur dürfe es eben kein Mißbrauch sein!

Ja, ja, Herr Bender, Freiheit, die ich meine! In die Rede des Herrn Oberbürgermeisters schloß sich eine interessante Diskussion; mehrere Arbeiter der verschiedenen Verwaltungsbereiche besprachen die Mißstände in ihren Betrieben. Einer von ihnen — welcher abzuwagender Engel! — meinte, daß derjenige Arbeiter, der sich im Ausschusse betätigt, indirekt wohl hinausfliegen würde. Herr Bender bestritt das entschieden und erklärte, energisch dagegen Stellung nehmen zu wollen, auch ver sprach er Abhilfe der vorgebrachten Mißstände. Hoffen wir, daß seinen Worten Taten folgen werden. Herr Bender kann versichert sein, daß wir jederzeit anerkennen, wenn er wirkliche soziale Reformen — zu denen auch unbeschränktes Koalitionsrecht gehört — einführt. Er wird dann sehen, daß es mit der „Gefälligkeit“ und den „berufsmäßigen Gegnern“ nicht so bestellt ist wie er heute glaubt.

Wünschen wir also, daß der ersten Sitzung der Arbeiterausschüsse baldmöglichst weitere folgen und dem Wohle der städtischen Arbeiter Breslaus dabei gebient wird. Hervorgehoben sei noch, daß die sechs katholischen Fachvereine völlig ruhig und ruhig ihre Interessen von den bösen Freilorganisierten mitvertreten lassen, viellecht waren sie durch den Anblick ihrer Vorgesetzten sprachlos geworden.

Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß vor der Sitzung ein städtischer höherer Beamter zu einem Arbeiter über den Verband äußerte: „Na, wenn die Ausschüsse erst richtig funktionieren, braucht Ihr wohl den Mehrlein nicht mehr?“ Darauf erwiderte ihm der befragte Arbeiter: „Jetzt geht erst der Tanz los und im Herbst wird Mehrlein sogar Stadtverordneter.“ Darauf tat der Beamte die in jeder Hinsicht bezeichnende Aeußerung: „Mehrlein wird vom Oberbürgermeister und von der Regierung nie als Stadtverordneter bestätigt!“ Wir empfehlen diesem Herrn höheren Stadtbeamten vor allen Dingen einmal die Nase in die Städteordnung zu stecken, damit er wissen lernt, wie die Korporation gebildet wird, die seine Arbeitgeberin und der gegenüber verantwortlich ist.

### Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

\* **Stellung, Schneider!** Mittwoch, den 1. August, Abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 2, eine sehr wichtige Mitglieder-Versammlung statt. Die Tagesordnung lautet: Abrechnung vom 2. Quartal, Beratung der zum Verbandstage gestellten Anträge und Beschließungen.

\* **Achtung, Bauarbeiter!** Mittwoch, den 1. August cr., Abends 8 Uhr, findet im Saale des Herrn Zeule, Döhner Chaussee 52/54, eine Mitglieder-Versammlung statt, zu welcher die Kollegen der Döhner Vorstadt, von Klein- und Groß-Döhnerich, Döhrenhof, Herdwin usw. eingeladen sind. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

\* **Achtung, Eisenarbeiter!** Mittwoch, den 1. August cr., Abends 7 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Tagesbesprechung, 2. Beschließungen. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. Ebenso werden die Kollegen dringend ersucht, die alten Statistiken bei der Versammlung abzugeben, da es der letzte Termin ist.

### Vergnügungen.

\* **Scala, einziges überdachtes Sommer-Variete,** Nikolaistraße Nr. 27. Ein wahres Wundervoll-Programm hat die Direktion für die erste Hälfte August engagiert. Von den 14 Attraktionen seien besonders genannt das noch vom vorigen Jahre in keiner Erinnerung gebliebene Damenensemble Die 4 Dornen, welche bei ihrem letzten Durchgange allabendlich volle Häuser zu verschaffen hatten. Ferner Tom Briard, 4 Damen vom Marsal, G. Hieb, Die Dornen. Die Entschloßene, der beliebte Öbide als Greifenberger usw. Alles Namen von Klang und werden die Zuschauer hier wie anderwärts sich auch bald freuen zu erwerben. Bona und Vorverkaufsbillets behalten trotz der großen Regie-Sparen infolge des riesigen Programms volle Gültigkeit.

\* **Im Wintergarten gelangen die Operette „Nachtliche Gesangsübung“ und die Militärmusik.** Nach dem Beschlusse des Vorstandes zum letzten Male zur Aufführung am Mittwoch, den 1. August, geben zwei Schöne „Eoll und Haben“ und „Ein Familienfest im Dienste Knoploch“ in Szene. Auch der „unte Teil“ wird ein vollständig neues Programm der Wintergarten hat sich auch Erlaubnis August XXI auf weitere Tage im Wintergarten als Gast angenommen. Das Konzert beginnt um 7 Uhr, der Vorverkauf um 5 Uhr.

\* **Benachrichtigung.** Ihr Bericht über die dortigen Grubenerhältnisse ist sehr interessant; wir werden ihn gerne mitteilen. Wenn Sie uns in Zukunft etwas übermitteln wollen, bitten wir, die Daten anzugeben, um sie mitteilen zu können.

### Aus Schlesien und Posen.

— **Bunzlau, 31. Juli.** Du sollst den Feiertag heiligen. Dieses Gebot steht nicht nur in der Bibel, sondern wird auch in der Praxis in unserem frommen Preußen-Deutschland streng gehandhabt. Wir haben sicher nichts dagegen einzuwenden, wenn auch allerdings von einem anderen Standpunkt aus, daß die Sonntagsruhe strikte eingehalten wird, ja daß gehen noch viel weiter, wir verlangen, daß irgend welche Ausnahmen, sobald nicht Gefährdungen von Menschlichem in Betracht kommen, überhaupt nicht gemacht werden. Was teilt das Gebot noch aus? Erst möglichst kommen wir berichten, daß auf dem hiesigen Steinmehlplatz von Schilling an zwei Sonntagen Zimmerarbeiten von Streikbrechern ausgeführt worden sind und nun laufen neue Meldungen über solche Sonntagsarbeiten ein. So wurden erst am letzten Sonntag in der Umgegend Bunzlau und auf einem Neubau an der Büttelstraße Zimmerarbeiten verrichtet. Die Herren Zimmermeister können infolge des Streiks der organisierten Zimmerer in 8 Tagen mit ihren Arbeiten nicht fertig werden, da nehmen sie sans facon den nächsten Tag dazu. Lieber wär's ihnen allerdings die Woche hätte acht Tage, denn daß die „Arbeitswilligen“ verlangen könnten, darum brauchen sie sich keine Nummer zu machen. Es dürfte aber wohl als ausgeschlossen gelten, daß diese Sonntagsheiligung ohne politische Erlaubnisse geschieht, vielmehr werden die Herren Meister sich in dieser Beziehung gesichert haben. Wie kommen aber die betreffenden Behörden dazu, auf diese Weise indirekt in den Bohnenkampf der um ihre Ertrinkung ringenden Zimmerer einzugreifen und den Arbeitgebern einen Vorteil zu verschaffen? Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß Zimmermannsarbeit keine gewöhnliche Tätigkeit ist, denn Sägen und Nageln verursacht selbstverständlich Armut. Das scheint hier aber nicht beachtet zu werden; für die „Arbeitswilligen“ Arbeitgeber und ihre Streikbrecherhaare hat das Gebot: „Du sollst den Feiertag heiligen“, offenbar keine Geltung!

### Neueste Nachrichten.

#### Eine neue Buchbinder-Ausperrung?

Aus Stuttgart wird telegraphisch gemeldet: In ihrer Versammlung am Montag beschloßen die autonomen Buchbinderarbeiter mit 266 gegen 238 Stimmen, daß der Streik, entgegen dem gestrigen Beschluß, morgen die Arbeit wieder aufnehmen, so lange fortgesetzt werden soll, bis die Arbeitgeber eine schriftliche Erklärung abgegeben haben, daß sämtliche Buchbinderarbeiter innerhalb zwei Wochen ohne Ausnahme wieder eingestellt werden. Der Vorsitzende des Arbeiterverbandes erklärte, daß, falls morgen in Stuttgart die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden sollte, die Buchbinderarbeiter in Berlin und Leipzig, die heute die Arbeit wieder aufgenommen hätten, wieder ausgesperrt werden würden!

#### Die Rache.

Petersburg, 30. Juli. Die Staatsanwaltschaft hat gegen die ehemaligen Mitglieder der Duma, welche den Aufruf an die Bevölkerung in Wjborg unterzeichnet haben, das gerichtliche Verfahren angestrengt.

#### Gegen die Todesstrafe.

Im französischen Minister-Rate sprach man sich grundsätzlich für die Abschaffung der Todesstrafe aus; der Justizminister Garrien wird Untersuchungen über ein neues Straf-system anstellen.

#### Die russischen Wirren.

Obeza, 31. Juli. 700 der Moskauer Arbeiter-Vereinigung angehörende Arbeiter, die bereits 6 Wochen streiken, verarmelten sich gestern im Alexanderpark. Die ebenfalls erschienenen Polizei sowie Militär umringten die Arbeiter und forderten von ihnen, sie sollten sich durch Unterschrift verpflichten, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. 140 Arbeiter, die sich weigerten, wurden verhaftet und werden aus der Stadt ausgewiesen werden.

Warschau, 31. Juli. Gestern wurde in Scharfschützen (Gouvernement Warschau) der Kreisfiskus Christophor Burago erschossen; ein ihn begleitender Landgenosse wurde schwer verletzt. Der Täter entkam unerkannt.

Petersburg, 31. Juli. Von Kronstadt hört man Kanonendonner. Wie es heißt, sollen in dem dortigen Hafen wieder Unruhen ausgebrochen sein.

Die parlamentarische Fraktion der Arbeitergruppe sowie der Sozialdemokraten verbreiten neuerdings massenweise Aufrufe an die Armeesoldaten und die Blätter, in welchen dieselben aufgefordert werden, sich mit ihnen zu vereinigen, um die Monarchie, den Adel und die mit ihm verbundene Bourgeoisie zu vernichten.

Warschau, 31. Juli. Befehlshaber Verhinderung weiterer Eisenbahnverfälle verflücht der Gouverneur, daß die militärische Bedienung der Eisenbahnen verstärkt und die Reisenden einer strengen Disziplin unterworfen werden.

#### Kolonialkorruption und kein Ende!

Eine Disziplinarmessung gegen den früheren Gouverneur von Logo, Horn, ist eingeleitet worden. Gegen ihn schwebte vor zwei Jahren ein gerichtliches Verfahren wegen Grana mteiten an einem Eingeborenen, das mit der Verurteilung zu einer Geldstrafe von 200 Mk. endete und seine Stellung zur Disposition zur Folge hatte. Jetzt ist nachträglich auf Grund des damals zu Tage gekommenen Materials eine Disziplinarmessung gegen den ehemaligen Gouverneur angeordnet worden. — Eine kriminelle Straf-Untersuchung ist ebenfalls angedeutet, weil dabei Zweifel an die Deffinitivität kommen könnte?

#### Das fällige Eisenbahnunglück.

Der Paris-Blauer Expresszug ist gestern auf freiem Felde früh 14 Uhr zwischen Labastrie und Solre sur Sambre auf verwerfliche Weise zur Entgleisung gebracht worden. Lokomotive und Tender stürzten den Damm hinab. Die beiden folgenden Wagen blieben quer auf dem Geleise stehen. Der Fahrer ist tot, dem Maschinisten wurden mehrere Rippen angebrochen. Die Entgleisung erfolgte durch Beschädigung einer Schiene. Die Untersuchung ist eingeleitet.

#### Meteorologische Beobachtungen der Königl. Sternwarte.

	30. und 31. Juli.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgens 7 Uhr.
Lufttemper. (C.)	+ 26,6	+ 23,8	+ 20,7	
Lufttemper. bei 2 (max)	74,9	74,9	70,8	
Lufttemper. (min)	12,2	11,9	18,1	
Lufttemper. (Mitt.)	48	56	78	
Wind (N-12)	SW 1	SW 1	SW 1	
Wetter	st. kl. heit.	bed. kl.	heit.	

#### Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

	Temp.	Wind	Wolkl.	Wetter
Köln	26	SW 2	0	kl.
Bonn	19	SW 1	0	kl.
Düsseldorf	17	SW 1	0	kl.
Essen	18	SW 1	0	kl.
Dortm.	20	SW 1	0	kl.
Duisburg	19	SW 2	17	kl. bis w. kl.

**Vereins-Kalender.**

**Breslau.**

**Im Partei-Sekretariat.**

Neue Graupenstr. 6, Vorderhaus 2. Etage, Telefon-Nr. 3141, werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Bestellscheine auf die „Volkswacht“ zu haben.

Rechtsauskünfte können im Partei-Sekretariat nicht erteilt werden.

**Gewerkschaftshaus.**

Dienstag, den 31. Juli:

Maurer. Versammlung Abends 8 Uhr im großen Saal.  
Metallarbeiter-Verband (Wauanschläger). Versammlung im Zimmer 3.

Mittwoch, den 1. August:

Stenarbeiter-Verband. Mitglieder-Versammlung Abends 7 1/2 Uhr. Zimmer 34.  
Arbeiter-Radsport-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 2. August:

Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer 3 und 4.  
Zimmerer. Mitglieder-Versammlung.

Sonntag, den 4. August:

Tapezierer-Krankenkasse (Gamburg). Zahl- und Aufnahme-Abend. Kartiere links.

Sonntag, den 5. August:

Bauhilfsarbeiter. Mitglieder-Versammlung im großen Saal. Vorm. 11 Uhr. Referent Genosse Albert.

**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:**

Distrikt 2 (Sauerbrunn).

Mittwoch, den 1. August. Abends 8 Uhr: Bezirksführer-Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Distrikt 3 (Gräbischer Vorstadt).

Mittwoch, den 1. August. Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer behufs Abrechnung.

Bezirk 1, 2, 6-11. Mittwoch, den 1. August, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Bezirk 3, 4, 5. Dienstag, den 31. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Distrikt 6 (Mikolajtor).

Bezirk 9. Dienstag, den 31. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend bei E.

Distrikt 8 (Obertor).

Bezirke 1 bis 9. Die Genossen werden ersucht, sich Sonntag, den 5. August, Nachm. 3 Uhr, in dem bestimmten Lokal einzufinden.

Distrikt 10 (Sandtor).

Dienstag, den 7. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft aller Mitglieder bei Frig, Kreuzburgerstr. 15, betriebs Abrechnung. Abonnenten-Auszahlung und Besprechung über den Anschlag.

Distrikte 14, 15.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Mittwoch, den 1. August, eine Zusammenkunft stattfindet. — Unter Auschluss findet am 5. August, früh 6 Uhr, vom Distriktslokal Vorwerkstr. 61 aus nach Dblau statt.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor).

Bezirk 5. Sonntag, den 5. August: Anschlag nach Sandberg. Treffpunkt 1/8 Uhr, Sebanstr. 1.

Land-Distrikt 3.

Bezirk 2 (Groß-Mochbern). Sonntag, den 5. August und jeden weiteren ersten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft und Zahltag im bekannten Lokal.

Land-Distrikt 7.

Bezirk 1. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. d. M.: Zusammenkunft bei Pohl in Rothkreischam.

Bezirk 2. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. des Monats: Zusammenkunft bei Bruner in Groß-Tschansch.

Bezirk 3. Jeden zweiten Mittwoch nach dem 1. und 15. des Monats: Zusammenkunft bei Bruner in Groß-Tschansch.

Land-Distrikt 8.

Mittwoch, den 1. August: Zusammenkunft der Mitglieder von Dunsfeld, Kawallen und Friedewalde bei Zebler in Friedewalde. Der Distriktsführer.

Freiburg. Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag, den 2. August, Abends 8 Uhr: Sitzung. Tagesordnung:

1. Berichterstattung von der Konferenz. 2. Abrechnung für 1. Halbjahr 1906. 3. Abrechnung über die Sammelkarten für Lithographen und Steinbrücker. 4. Gewerkschaftliches.

Freiburg. Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag, den 2. August, Abends 8 1/2 Uhr: Sitzung.

Schweidnitz. Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Mittwoch, den 1. August, Abends 8 1/2 Uhr im „Reitgarten“ zu Kletschlau. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Franz Feldmann aus Langenbielau über: Katholisch-Fachverband, christliche Gewerkschaften, freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie. 2. Freie Diskussion. Alle Arbeiter ohne Unterschied der Konfession und der Organisationszugehörigkeit sind hiermit eingeladen.

Der Einberufer.

Bunzlau. Wahlverein Bunzlau-Lüben. Mittwoch, den 2. August, Abends präzis 8 Uhr: Generalversammlung im den 3 Kronen. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Lillendorf. Wahlverein. Jeden Donnerstag nach dem 1. des Monats: Versammlung im Gasthof zur „Stadt Bunzlau“.

Klein-Lendusch. Bau- und Erdarbeiter. Sonnabend, den 4. August: Mitglieder-Versammlung im bekannten Lokal. Referent: Genosse Volkmann. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Bromberg. Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag, den 2. August, Abends 7 1/2 Uhr: Sitzung.

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Stadlof. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 6/6. — Verlag von Oscar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 2. Beilage.

Breslauer Sommer-Theater (L. Heibichs Etabl.) Dir.: Erich Ziegel  
Deute Dienstag:  
„Die Erziehung zur Ehe“  
Komödie in 3 Akten von Hartleben.  
„Literatur“  
Singspiel in 1 Akt von Schupke.  
Anfang 8 Uhr.  
Im Garten, Rehdock.

**Victoria-Theater**  
(Simmentauer Garten).  
**Gastspiel**  
**Folies Caprice**  
aus  
**Berlin.**  
Anfang präzis 8 Uhr.

**SCALA.**  
Einzig überd. Sommer-Variété  
Nikolaistr. 27.  
Dienstag, den 31. Juli  
Letztes Auftreten  
d. gesamt. Spezialitäten.  
Ab 1. August:  
Vollständig neues  
Riesen-Programm.  
**14 Attraktionen 14**

**Dominikaner.**  
Abschiedsabend der  
**Bennewik-Sänger.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Entrée 10 Pf. — Rücktritt 20 Pf.

Zurückgekehrt 3256  
**Dr. Albert Sachs.**  
Ein tüchtiger Kachelmaler  
ist gesucht. 3234  
Paul Scholz, Oberhalb, Warmbrunn.

**Ein- u. Doppeltische Buchführung**  
über unter Garantie des Erfolges erlehrt.  
Buchhalter L. nur 20 RM. 50 u. R. C. 3250

Gehr. Hl. Brühl, Schneider,  
Schürze, Felle, Kamm, ganze  
Eisen-Garnt. in 20, 30, 50 RM. in verl.  
3255  
Friedrichstr. 66, am Südw. L.

Kauf alle Schürze, Kommoden,  
Sofas, Vertikale, ganze Eisen-  
Einrichtungen, gegen sofort. Zahlung.  
Wahler, Gartenstr. 38. 3255

**Berufskleidung**  
1192  
Arbeitskleidung  
**Gustav Knauerhase**  
Tel.: 2142  
am Markt Nr. 45. dort u. l. G.



Wir gehen alle hin!

Heute ist bei **MESSOW**  
der beliebte

**Kinder-Tag**

Extra billiger Verkauf aller  
Bedarfsartikel für Kinder!  
Eine günstige Kaufgelegenheit vor dem Schulanfang!

**Gratis!** Bei Vorzeigung der abgestempelten Kassenzettel:  
1 Tafel Schokolade oder  
1 Tüte Bonbons oder  
1 Karton Kinderseife  
3253  
**Gratis!**

Messow & Waldschmidt G. m. b. H.

**Möbel**

**Auf Abzahlung**  
Von 2 Mk. an  
Anzahlung auf Bettstellen mit Matratten Schränke Bettlöcher usw.

Von 8 Mk. an  
Anzahlung auf eine Wohnungs-Einrichtung.

**Anzüge, Weberzieher, Betten, Kinderwagen, Gardinen, Teppiche.**  
**Max Biermann,**  
Ring 51, erste Etage neben der Stadgasse.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreichen schönen Kranzspenden, welche uns anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, des Arbeiters der Schwellentränke, **Paul Koch** zuteil geworden sind, sage ich meinen Freunden und Verwandten sowie den Kollegen meinen herzlichsten Dank.  
Im namenlosen Schmerz  
Die tieftrauernde Witwe nebst Kindern.

**Achtung!**  
Herren-Anzüge . . . . 10 Mk.,  
nach Mass elegant . . . 17 Mk.,  
nur direkt in der  
Fabrik Carlstrasse 42, I.

Große rein überseeische  
SR. 1.90 pro 50 Stück,  
Neue Taschenstr. 1a, unter Aufgang,  
1. Etage links. 3233

**Neu! Neu!**  
**Sehr wichtig für Kommunalpolitik**  
**Sozialdemokratische Gemeindepolitik**  
Kommunalpolitische Abhandlungen.  
Heft 1: Kommunales Wahlrecht 30 Pfg.  
2: Kommunale Arbeiterpolitik 40 „  
3: Kommunale Schulpolitik 50 „  
4: Kommunale Wohnungspolitik 50 „  
5: Steuern und Gebühren 30 „  
Zu haben in der  
Expedition der „Volkswacht“.

**Kredit**

**Möbel**  
Polsterwaren  
Spiegel, Betten  
Regulateure  
Kinderwagen  
Sportwagen  
Eisschränke

Herrn- u. Knaben-Anzüge  
Ueberzieher  
Namen-Konfektion  
Kleiderstoffe  
Teppiche, Gardinen  
Läuferstoffe etc.

kleinster Anzahlung  
bequemster Abzahlung  
3251  
Abrechtsstr. 39, I. Eingang Altbauerstr.  
**M. Grau Nohl.**

„In freien Stunden“  
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige  
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1905.

I.

Der gewaltige Aufschwung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im vergangenen Jahre spiegelt sich klar in der Statistik über die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle wider, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gewerkschaftskartelle in ihrer Gesamtheit zu dem Fortschritt der Bewegung ihr gut Teil beigetragen haben.

Dieser Fortschritt ist insbesondere auch die Kartelle, die sich an der Statistik nicht beteiligten, indem sie die ihnen von der Generalkommission zugehenden Fragebogen nicht ausfüllten, resp. dieselben nicht zurücksenden, so daß infolge des Fehlens der erforderlichen Angaben sie in der Statistik nicht geführt werden können.

Von den Ende 1905 bestehenden 430 Kartellen sind 455 (96,9 Prozent) an der Statistik beteiligt. Wenn die 15 Kartelle, die in der Statistik fehlen, dies nachträglich nicht selbst unangenehm empfinden, für die Statistik ist ihr Fehlen nicht von Bedeutung.

Die an der Statistik beteiligten 455 Kartelle umfassen 1.180.340 Mitglieder, von denen 16.870 in 41 Lokalvereinen und 1739 in sonstigen der Generalkommission nicht angeschlossenen Gewerkschaften organisiert sind. Von den am Schlusse des Jahres 1905 in den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden Organisierten, deren Zahl 1.429.408 betrug, sind demnach 1.182.381 (gleich 81,3 Prozent) in den Gewerkschaftskartellen vereinigt.

Die den Kartellen angeschlossenen Lokalvereine sind gegen 3 Vorjahre wieder um drei zurückgegangen, dagegen ist die Gesamtzahl der Mitglieder derselben von 9824 auf 16.870 zugenommen. Die Zunahme bedeutet jedoch kein Anwachsen der Mitgliederzahl in den einzelnen Lokalen Vereinen, sondern sie resultiert lediglich daraus, daß die Berliner Gewerkschaftskommission dem Lokalverein der Berliner Hausbienen, der rund 7000 Mitglieder zählt, den Anschluß gestattet hat. Unsere wiederholte aufgehellte Behauptung, daß die Kartelle sich mehr und mehr zu Interessenvertretungen der in den Zentralverbänden Organisierten entwickeln, wird durch diese Vernehmung der den Kartellen angeschlossenen Lokalvereine nicht erschüttert.

Die Zahl der angeschlossenen Organisationen beträgt 986 mehr als im Jahre 1904. 68 Kartellen sind weniger als 6 Organisationen angeschossen, 161 Kartelle umfassen 6-10 Organisationen, in 208 Kartellen sind mehr als 10-30 Organisationen und in 30 Kartellen (darunter Breslau) sind mehr als 30 Organisationen vereinigt.

Während die Kartelle mit geringer Mitgliederzahl seit 1901 nicht zugenommen haben, weisen die Kartelle mit größerer Mitgliederzahl eine andauernde Zunahme auf. Die Kartelle mit nicht mehr als 300 Mitgliedern sind seit 1901 um 3 Prozent zurückgegangen. Zugenommen haben dagegen die Kartelle

- mit 2501-5000 Mitglieder um 58,3 Prozent
" 501-10000 " " 47,8 "
" 10001-25000 " " 44,4 "
" über 25000 " " 250,0 "

Die Gesamtmitgliederzahl in den deutschen Gewerkschaften betrug Ende 1905 1.429.408 gegen 1.116.729 Ende 1904. Das ist eine Zunahme von 28 Prozent, während die Zunahme in den Großstädten von 595.862 auf 749.634 nur 25,3 Prozent ausmacht; ein Zeichen, daß sich der Mitgliederzuwachs besonders in den mittleren Städten vollzogen hat.

Zwar weist Berlin allein eine Zunahme von über 49 Proz. auf. Besonders auffallend ist der Rückgang der Mitgliederzahlen in einigen Städten, der, wie in den beiden Schwefelstädten Barmen und Elberfeld nicht unbedeutend ist. Es handelt sich jedoch hierbei nicht lediglich um einen Austritt aus den gewerkschaftlichen Organisationen, sondern teilweise um den Austritt der Organisationen aus den Kartellen.

Table with 12 columns: Jahr, Kartellen, Prozent aller Kartelle, an angeschlossenen Gewerkschaft, Mitglieder, nicht an angeschlossenen Gewerkschaft, in Partallein, insgesamt, Einnahme ohne Streiksammlung, Ausgabe ohne Streikunterstützung, aus der Kartellkasse, aus Sammlungen.

Die größte Zahl der den Kartellen angeschlossenen Zweigvereine hat der Holzarbeiterverband aufzuweisen: 421, ihm folgen die Verbände des Maurers mit 392, Metallarbeiter 382, Zimmerer 329, Maler 272, Schneider 249, Buchdrucker 240.

In 199 Orten bestehen Zweigvereine der Zentralverbände, welche den Kartellen fernstehen. Vielfach sind es neu gegründete Organisationen, die noch nicht in der Lage sind, Beiträge in die Kartellkasse zu zahlen, oft sind es lokale Fragen, welche die Organisationen veranlassen, sich den Kartellen nicht anzuschließen oder aus denselben auszutreten, eine prinzipielle Gegnerchaft dürfte unter den Mitgliedern der Zentralverbände wohl kaum noch vorhanden sein.

Wahr und mehr werden die Gewerkschaftskartelle ihre Aufmerksamkeit dem Gebiete der Auskunftsleistung und Rechtsbelehrung zuwenden. Es wurden 1905 insgesamt 111 Auskunftsstellen von den Kartellen unterhalten. Von den bestehenden Arbeitersekretariaten werden 56 von den Kartellen unterhalten resp. mit Geldmitteln unterstützt. 7 Kartelle unterhalten ein eigenes Bureau.

Ein Gewerkschaftshaus wird unterhalten in folgenden Orten: Berlin, Braunschweig, Breslau, Kassel, Charlottenburg, Köln a. Rh., Dresden, Elberfeld, Feuerbach, Frankfurt a. M., Genua, Heidelberg, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Offenbach a. M., Plauen i. V., Solingen, Stettin, Straßburg, Stuttgart, Trier, Wilhelmshaven und Wittau. Wenn diese Gewerkschafts- oder Volkshäuser auch nicht ausschließlich von den Gewerkschaftskartellen unterhalten werden, so ist ihre Eröffnung doch dem Zusammenwirken der Gewerkschaften in diesen Orten und zum Teile auch der Mitwirkung von Parteiorganisationen zu verdanken.

Die letzten Versammlungsversammlungen haben 118 Kartelle gegenüber 83 im Vorjahre. Eine Zentralherberge haben 41 Kartelle (20 im Vorjahre) und eine Herberge 6 im Gastwirt untersteht in 227 (181 im Vorjahre) Orten der Kontrolle der Gewerkschaftskartelle.

Ein Zentralanwaltsnachweis wird unterhalten von den Kartellen in Hameln, Neerane, Sanderburg und Zerbst. Eine vom Kartell verwaltete gemeinsame Bibliothek ist in 262 Orten vorhanden, 1904 in 205 Orten. Ein Lesezimmer wird von 39 Kartellen unterhalten, von denen 5 keine Bibliothek besitzen.

Eine Bescheidungskommission für Gewerbe-Inspektionsachen ist in 149 Kartellen vorhanden (1904: 134), 129 Kartelle haben eine Kommission für das Kohle- und Holzwesen, 195 Kartelle eine Bauarbeiter-Kommission (1904: 151) und einen Referenten-Nachweis haben 52 Kartelle.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen ließen sich im letzten Jahre die Kartelle etwas mehr angelegen sein, als in den Vorjahren. Wie die Statistik ergibt, hatten 1905: 41, 1904: 29 und 1903: 26 Kartelle eine weibliche Vertrauensperson eingesetzt. Auch die Zahl der Arbeiterinnen-Agitations-Kommissionen ist von 18 im 1903 und 12 im 1904 auf 21 im 1905 gestiegen. Dieses Tätigkeitsgebiet wird von den Kartellen immer noch nicht in genügender Weise berücksichtigt.

In der Einberufung von Versammlungen zwecks allgemeiner Agitation haben die Kartelle wesentlich mehr ge-

leistet, als im Jahre 1904. Es wurden 2102 (1901 nur 819) allgemeine Versammlungen abgehalten. Dagegen haben 51 Kartelle keine allgemeine und 56 Kartelle überhaupt keine Versammlungen abgehalten. Das Jahr 1905 bot doch gewiß Agitationsstoff mehr als genug, wenn demnach eine Anzahl Kartelle keine Versammlungen nahmen, nur bei einer einzigen Gelegenheit die Arbeiterschaft zusammen zu berufen, so haben diese ihre Pflicht in geradezu unbearbeiteter Weise vernachlässigt. Die Agitation am Orte ist die erste Aufgabe der Kartelle, wo diese nicht gepflegt wird, da darf man sich nicht wundern, wenn die Bewegung nicht fortgeschritten.

Die russische Revolution.

Die Beschlüsse der Moskauer Revolutionäre.

Die „Kosowoje Brestia“ meldet aus Moskau: Die Delegiertenversammlung der linksstehenden Parteien (Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre), die darüber zu beraten hatte, welche Maßnahmen im Hinblick auf die Auflösung der Duma zu ergreifen seien, erklärte einstimmig als notwendig, bevor man sich an irgendwelchen Unternehmungen entschliesse, abzuwarten, bis die Nachricht von dem Ereignis in den letzten Winkel Rußlands eingedrungen wäre, in das letzte entfernteste Dorf. Dazu bedürfte es aber einiger Zeit. Und daraufhin sei nach Möglichkeit Ruhe einzuhalten, so lange nicht deutlich hervortrete, wie das flache Land auf das Ereignis reagieren werde und nur in dem Fall, als sich eine Bewegung auf dem Lande erhebe, werde vorgeschlagen, diese Bewegung durch den allgemeinen politischen Streik zu unterstützen.

Aufruf des sozialdemokratischen Militärkomitees.

Nach dem erst vor kurzem ins Leben gerufenen sozialdemokratischen Militärkomitee ist die Auslösung der Reichswehr in irgendwelcher Weise überraschend gekommen; denn noch ehe sich die militärische Verwaltung umsehen und die von ihr in geschriebenen Exemplaren vorbereiteten patriotischen Schreiben unter die Mannschaften verbreiten konnte, wurden diese schon von dem jetzt überaus rührigen Komitee mit Flugblättern förmlich überflutet. Neben den Proklamationen, in denen das sozialdemokratische Militärkomitee die jetzige Lage und die Absichten der russischen Regierung gebührend kennzeichnet, verdient der nachfolgende Aufruf besondere Beachtung:

„Allen, denen das Joch, der Bohm und die Mühe des Absolutismus unerträglich geworden ist, wer nicht mehr mit ansehen kann, wie auf Befehl der zaristischen Regierung die Sender unserer Brüder, Väter, Mütter töten, unseren Frauen und Schweftern Gewalt antun, wer den Wunsch hat, die jetzige Weltordnung, die auf Ausbeutung der Arbeiter, auf den ständigen Hungertod und die Armut der Massen gegründet ist, alle, die wünschen, daß eine Welt der wirklichen Freiheit und Gleichheit entstehen soll, die alle rufen wir in unserer Lager unter die Fahne der Sozialdemokratie zum Kampfe für eine bessere Zukunft, für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, für den Sozialismus. Gedankt, daß die nächste Aufgabe der Arbeiterklasse, die Befreiung Rußlands von den Ketten des Absolutismus, gleichzeitig auch euer Ziel ist. Bedenkt das und unterstützt mit allen Kräften die Arbeiterarmee in ihrem Kampfe. Kameraden, Arbeiter! Denkt daran, daß in dem

Arbeiter! Bedenket der für ihr Koalitionsrecht kämpfenden Lithographen, Steindrucker u. Buchbinder!

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein Jubiläum. In unserer jubiläumreichen Zeit ist auch eines Wertes gedacht, das vor nunmehr 100 Jahren erschienen ist: Der prächtige Volksliederband, die Armin und Brentano unter dem Titel „Des Knaben Wunderhorn“ 1806 herausgegeben haben. Ueber den Titel des berühmten Buches werden in der „Frankf. Ztg.“ interessante Mitteilungen gemacht. Er lehnt sich an ein bestimmtes Gedicht an, das die beiden Romantiker bereits vorgefunden hatten. Das Lied nämlich, das die Sammlung eröffnet und ihren Namen erklärt soll: „Das Wunderhorn“ mit den Anfangsworten:

Ein Knab' auf schnellem Roß

Strengt auf der Kahl'n ein Schloß —

Ist die sehr freie Bearbeitung eines altfranzösischen Romanze, die Armin und Brentano des 1784 erschienenen Sammlung der „Ungebrudten Reste alten Gesangs“ von Anselm Elwert entnommen hatten. Elwert wiederum hatte nach einer englischen Version eine Uebersetzung der Romanze geliefert, die folgendermaßen beginnt:

Ein Knabe kam,

Liebtich und schön,

Auf einem schnellen Roß

In Rönitz Arthurs Schloß.

Ein Horn trug seine Hand

Daran vier goldne Band usw. usw.

Der vollständige Text des französischen Liedes und der Elwert'schen Uebersetzung ist in G. Griesbach's Einleitung zu dessen im Verlag von Max Hoffe 1905 erschienenen Jubelbande von des „Knaben Wunderhorn“ zu finden. Dieser verheißungsvolle Band — die letzte Arbeit des aus uns fröhlich verstorbenen Gelehrten — bringt auch die Nachbildung der alten Titelkupfer. Von besonderem Interesse ist das des zweiten, 1808 veröffentlichten Bandes der Sammlung. Brentano wählte dazu eine Reproduktion des berühmten Oldenburgers, jetzt im Schlosse Rosenborg in Kopenhagen befindlichen Horns, eines meisterhaften Erzeugnisses deutscher Arbeit, das von dem Weltmäurer Werke rabiert und gestochen wurde. Auf dem Titelblatt nimmt das Horn den ganzen Vordergrund ein und umgibt eine Randschiff, die jedermann un schwer als die Helvetenboje erkennen dürfte, auch wenn Armin dies nicht in einem Briefe an Goethe ausdrücklich bezeugt hätte. Deutlich tritt uns die alte Brücke und die Helligkeit entgegen, das darüber sich erhebende Schloß mit dem Giebel und dem Turm, das hier ist — ausgebaut. Die Anhänger Schillers können demnach wohl die beiden Sammler als „Restaurationskünstler“ für ihre Partei in Anspruch nehmen, wenn es sich hier nicht um einen

gehandelt hätte, eine dem Rahmen des alten Horns entsprechende mittelalterliche Fälschung zu geben, und wenn man noch allem, was man von den zwei Romantikern wußte, sie nicht eher als „Kunstschnitzer“ bezeichnen müßte.

Int. nationales wissenschaftliche Vorkonferenz am Donnerstag den 2. August in den Morgenstunden in den meisten Hauptstädten Europas statt. Der Führer jedes anerkannten Volkes oder Vorkonferenz erhält eine Bescheinigung, wenn er die dem Ballon beigebenen Instruktionen sorgfältig befolgt.

Tuberkulosemuseum. In Darmstadt fand am Sonntag die feierliche Eröffnung des Tuberkulosemuseums der Landesversicherungsanstalt für das Großherzogtum Hessen durch den Vorsitzenden der letzteren, Geh. Regierungsrat Dr. Dieß, statt.

Aus aller Welt.

Die Sonne bringt es an den Tag. Ein armer wälscherer Geberwirtschafte Namens Viktor Gschowitsch aus Penntscheln ist dieser Tage auf der Landstraße schändlich ermordet worden. Er wanderte mit einem Tischlergesellen zusammen und teilte mit diesem treulich seine geringe Vorkasse. Diese Gümmigkeit wurde sein Verderben. Der andere Handwerksbursche ließ bei dem Schwerverletzten wenig mehr als eine Reichsmark weil. Der auf dem Tod Verlegte wurde nach Koblenz ins Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Vernehmung verstorben ist. Der Mörder ist verhaftet noch unbekannt; jedoch ist bekannt, daß er bis zum vorigen Herbst in Mainz bei der Fußartillerie gedient hat.

Eine verhängnisvolle Explosion erfolgte am Samstagabend in der Gasse von Spalford. 15 Grubenarbeiter wurden verwickelt. Es ist bisher nur gelungen, einen zu retten. Die übrigen werden wahrscheinlich schon erlöset sein. Kurz vor der Explosion wurde ein starker Erdstoß verspürt, man nimmt an, daß die Explosion darauf zurückzuführen ist.

Erreichte Petroleumfelder. Wie aus Ankara gemeldet wird, erfolgte auf den Petroleumfeldern der Selgoromans und 99 der Steinaromans in Bagdad eine Revoluzzer in den Klüften und heraus die. Der Nordgestelle fand bei dem Schwerverletzten wenig mehr als eine Reichsmark weil. Der auf dem Tod Verlegte wurde nach Koblenz ins Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Vernehmung verstorben ist. Der Mörder ist verhaftet noch unbekannt; jedoch ist bekannt, daß er bis zum vorigen Herbst in Mainz bei der Fußartillerie gedient hat.

Eine Stadt aus Silber und Gold. Eine Stadt in der Provinz Szechuan in Szechuan, die kleine Stadt in der Provinz Szechuan. Sie wurde von den Spaniern erbaut, als diese baron gingen, die gewaltigen Gold- und Silbererträge aus den Minen von La Oza zu heben. Da man nach dem Aufbruch einer Zeit verstrichen aber nur aus, um 65 Prozent des Silbers

aus dem Erz auszuscheiden. Die verbleibenden 35 Prozent an Silber und Gold wurden mit dem „Abfall“, der zu ungeschätzten Bergen anwuchs, achlos beiseite geworfen. Von diesem ungeschätzten Material ist die ganze Stadt erbaut worden und ebenso eine große Mauer, die sie in einer Länge von 100 Fuß umschließt. Rings um die Stadt liegen noch mächtige Berge des gleichen Materials, die unerschöpfliche Mengen von Silber und Gold enthalten. Aus jeder Lanne Erz lassen sich vorzüglich noch für 25 Mark Silber gewinnen, und jeder dieser bedeutlichen Erzhaufen umfaßt mehr als eine Million Tonnen. Man soll mit der Ausbeute beginnen werden. Ob aber die Bewohner von Suowansow auch ihre Häuser um des Erzes willen der Zerstörung preisgeben werden, ist zweifelhaft, denn sie fangen mit großer Liebe an ihren mauerischen, wenn auch schon halb verfallenen Heimstätten, deren Kunstwert ebenfalls kein geringer ist. Insbesondere weisen die Tore der Mauer auf hervorragenden von großem künstlerischen Wert auf. Tausende von Millionen Mark haben die unglücklichen Tagelöhner während der spanischen Herrschaft unter Peitschenhieben für ihre Unterdrücker, den König und seine Trabanten, aus den Bergwerken von La Oza an Silber herausgeholt. Zweifellos aber sind auch in den Minen selbst noch große Schätze zu heben.

Einige Schrecknisse. Das 12jährige Mädchen des Landwirts Lediesburg in Wülshausen bei Kempen wurde in einem unbewachten Augenblicke von einem aus dem Stalle brechenden Schweine überfallen, das dem Kinde ein Bein abbiß. — Abgestürzt ist der Student Oskar Müller aus Halle a. S., beim Schwelgen im Spielmannsanzertal im Nigau. Die verkrüppelte Leiche ist bereits gefunden. — In Sischwend wurde ein Bauer von 3 Burden überfallen, brands und ermordet. Dem 10jährigen Sohn des Täters gelang es, zu entfliehen. — Infolge Verfallsens der Bremse wurde in Berlin ein Automobil gegen einen Baum geschleudert. Der Chauffeur sowie der Monteur Hartmann und Schmiermeister wurden verletzt. — In Dalsburg ist wiederum eine große, für einen Wägenmeister bestimmte minderwertige verarbeitete Fleisch abzugeben und bezahlungslos worden. Der Metzgermeister wurde verhaftet. — Der sächsische Vermessungsassistent, Ingenieur Kurt Häbler aus Dresden, wurde in einem von Schurt in Weimar eintreffenden Schnellzug erdolcht aufgefunden. — Bei dem Brande eines Hauses in Brugg bei Solothurn haben eine 30jährige Frau und deren drei Enkelkinder im Alter von 13, 14 und 10 Jahren den Tod in den Flammen gefunden. — Aus Angletas (New-York) wird gemeldet: Die Schalluppe „Kora“, mit 22 Personen und 25 Leuten, die einen Ausflug nach Angletas gemacht hatten, um zu fischen, löste sich bei der Rückfahrt infolge eines heftigen Windstoßes in 11 Mann zerfallend. — Auf der Nordseebrücke in Angletas ereignete sich in der Nähe von Pasadena mit einem Wagen der elektrischen Eisenbahn ein Verstoß, 6 Personen wurden getötet, 60 verletzt. Der elektrische Wagen wurde 200 Fuß weit geschleudert.

bestehenden Kampfe des Proletariats mit der Selbstherrschafft der Armee die führende Rolle bevorzucht und bietet alle ihre Kräfte auf, um die Verbindung zwischen dem revolutionären Proletariat und der revolutionären Armee aufrecht zu erhalten. Kommanden, Soldaten und Weisosen! Bedenkt, daß der entscheidende Kampf und jener Moment, wo Ihr offen an die Seite des Proletariats zum Schutze Eurer Interessen treten werdet, nahe ist. Brecht Euch und schließt Euch den in allen Teilen, Kompanien, Batterien, Escadrons und Schützen gebildeten Gruppen der Sozialdemokratie an. Das Militärkomitee der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

### Die Bauern erwachen.

Die — für die Revolution gewiß nicht eingekerkert — „Schlesische Zeitung“ schreibt aus Piesdorf, 28. Juli: „Nach den letzten amtlichen Nachrichten an das Ministerium des Innern wärst die Unruhe oder die revolutionäre Bewegung der Bauernschaft“, wie die Berichte sich ausdrücken, bedenklich, obgleich erst wenige Tage seit Entlassung der Reichsduma verfloßen sind. Aus der Agrarbewegung scheint also doch eine mehr politische zu werden. Am stärksten und schnellsten hat der Aufstandslust auf die Bauern des Gouvernements Pölow gewirkt, die nach der telegraphischen Meldung des Provinzialchefs an den Minister sich aufeinanderrollen und den Beschluß fassen, „mit Feuer und Schwert Land und Rechte zu erlangen“. Schon am vorigen Sonntag begannen sie denn auch den Angriff und griffen eine große Besitzung, wurden aber im Kampfe mit Kosaken zurückgeworfen. Mehrere Nachrichten häufen sich. Im Komowischen hat der Gouverneur sogar die Landpolizisten einsperren müssen, weil sie den Dienst gegen die Bauern verweigerten; im Tschernowitschen und Mohilowischen brennen die Güter, in den Gouvernements Saino, Tula, Orlow, Rjasan, Riem, Charkow, Odessa breitet sich die schon bestehende Bewegung weiter aus. Welchen Weg diese Entwicklung weiter nimmt, ist nicht abzusehen. Soll doch der Aufstandslust erst am morgigen Sonntag in den orthodoxen Kirchen verlesen werden, und erst dann gelangt er zur Kenntnis der großen Massen.“

Die Ausschreitungen sind allerdings nicht selten.

### Freche Provokationen.

Petersburg, 30. Juli. In Samara wurden bei einer öffentlichen Versammlung über 500 Personen durch Kosaken und zwei Kompanien Infanterie festgenommen und 15 davon ins Gefängnis abgeführt. Den kurz darauf veranstalteten Protestdemonstrationen wurde von der Polizei ein Ende gemacht, ohne daß es zu Täuschlichkeiten kam.

### Neueste Telegramme.

#### Gelungene Flucht.

Zewastopol, 30. Juli. Der in der Angelegenheit des am 27. Mai verübten Bombenanschlags gegen den Festungs-Kommandanten Kapitan der kaiserlichen Marine in unter Beihilfe eines Freiwilligen aus der Hauptwache entflohen. Der Freiwillige ist ebenfalls geflüchtet.

#### Ein neuer Streich.

Warschau, 30. Juli. Bei der Station Celestinowo wurde Sonntag ein Passagierzug von vierzig Bewaffneten angehalten. Die Reisenden verhaftet wurden und die eiserne Kasse, in der sich 300,000 Rubel befanden, geöffnet und ihres Inhalts beraubt. — Amlich ist festgestellt, daß bei dem vororigen Eisenbahnverfall auf der Warschau-Wiener Bahn am Sonnabend 172,000 Rubel aus dem Postwagen geraubt wurden.

#### Gewaltiam gedruckt.

Im sogenannten Petersburger Stadtteil von Petersburg wurde eine Druckeri von Bewaffneten überfallen, welche den Verwalter und die anderen Anwesenden der Druckeri festhielten, eine von ihnen mitgebracht wurde des Wäberer Antonsi Iwanowitsch und auf der Rotationsmaschine in 150,000 Exemplaren druckten. Während dieses Beschah wurde bei einer gegenüber der Druckeri liegenden Kapelle ein Gottesdienst abgehalten, dem eine große Menschenmenge beizuhören und von den vielen Völligsten überwacht wurde. Trotzdem für die Polizei den Vorfall erst, nachdem die Bewaffneten spurlos verschwunden waren.

#### Anständigkeit aus Angst.

Petersburg, 30. Juli. Der Bar ließ nach Abschluß der wegen der Meuterei im Brodskensky-Regiment eingeleiteten Untersuchung des Regiments mitteilen, daß er ihm verziehen habe und die ihm aberkanntem Privilegien zurückerte. — Die Angst um den Hof!

Warschau, 30. Juli. Hier ist wieder die strengte Zensur-Telegramm-Zensur eingeführt worden.

### Partei-Angelegenheiten.

Die erste Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands findet in Mannheim im Anschluß an den Parteitag statt. Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei, 2. Der deutsche Parteitag und die Jugendbewegung, 3. Die sozialistische Ausbeutung der Jugend, 4. Jugend und Alkohol, 5. Militarismus, 6. Beratung der Anträge, 7. Wahl des Vorstandes und des Dr. an dem die nächste Generalversammlung stattfinden soll.

Der Verbandsvorstand richtet an alle Genossen die Aufforderung, sofort mit den Vorbereitungen zur ersten Generalversammlung zu beginnen, alle die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewerkstelligen. Dort, wo die Entsendung von Delegierten unmöglich ist, soll das Mandat möglichst einem Delegierten zum Parteitag übertragen werden. Die Anträge müssen spätestens am 15. September im Besitze des Vorsitzenden Bruno Wagner, Mannheim Q 5 I, sein.

Die Parteigenossen, auch dort, wo noch keine Jugendorganisation besteht, werden ersucht, zu dieser Generalversammlung Stellung zu nehmen und dieselbe zu befehlen.

Deutscher Streik gegen den russischen Sozialismus. In der ersten schlesischen Wahlkreis (Pittau) nahm die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins folgende Resolution: „Veranlaßt durch die letzten aus Petersburg einströmenden Nachrichten von der Auflösung der Duma, fordert die Generalversammlung des schlesischen Wahlkreises das schlesische Zentral-Exekutivkomitee auf, so schnell wie möglich überall Versammlungen zu veranstalten, um die Auffassung der Massen über den russischen Sozialismus und über die notwendige Haltung des schlesischen Volkes gegenüber etwaigen Hilfsleistungen der russischen Regierung für den russischen Sozialismus.“

„Im Verhinderung“. Genosse Riem von der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ ist bekanntlich wegen Verhaftung eines Arbeiterkomitees mit obigen Titel zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Autor, Genosse Wendel, erhielt 500 Mark Buße. Das von Riem beantragte Wiedererkenntnisverfahren wurde am Dienstag abgelehnt. Es wird nunmehr die Verurteilung in Betrachtung gezogen.

ungen zur Folge hatte, die durch die gesamte Parteipresse gingen. Unter anderem wurde dem Anstichter Schmidt ernstlich vorgeworfen, daß er durch nicht rechtzeitige Abfindung der Halbdauer Berners sich einer Geistesverletzung schuldig gemacht habe. Von der gesamten Parteipresse hat man zunächst nur den Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ wegen Verleumdung des Anstichters Schmidt unter Anklage gestellt und zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Während nun die übrigen Parteiblätter unerschrocken blieben, ließ sich der Direktor der Staatsanwaltschaft die Gelegenheit nicht entgehen, Vorbeeren zu ernten. Er erhob Anklage gegen den Genossen Frank, herauszufinden, ob der Redakteur der „Märkischen Volksstimme“, Frank wurde letzten Donnerstag zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt, obwohl er den Sachverhalt richtiggestellt hatte, sobald er von dem Mißverständnis erfuhr. Die Nichtabfindung wurde ihm als mildernder Umstand zugeworfen, „sonst hätte eine schärfere Strafe eintreten müssen.“

### Arbeiterbewegung.

Das schlesische Jurel im neuen Glanze. Aus Chemnitz wird uns geschrieben: Während der großen Metallarbeiter-Aussperrung fanden in Chemnitz eine Anzahl öffentlicher Versammlungen statt, in denen das Vorgehen der Fabrikanten, um sich über die Zugehörigkeit ihrer Arbeiter zum Metallarbeiter-Verband zu vergewissern, scharf kritisiert wurde. In einer derartigen Versammlung war Genosse Wagner Vorsitzender. Der Bevollmächtigte der Chemnitzer Metallarbeiter, Genosse Krause, als Referent, gab den Kollegen den Rat, die Arbeitgeber hinter das Licht zu führen und ganz einfach zu sagen, man sei nicht im Verband. Damit sollte es zu einer unstilligen Handlung aufgefordert haben und W. erhielt eine Anklage, weil er es als Vorsitzender gebildet habe. Die Anklage stützte sich auf § 8 des schlesischen Vereinsgesetzes von 1850. W. betonte, daß sich die Arbeiter durch die Maßnahmen der Fabrikanten in einer Noiloge befanden, denn wenn sie die Wahrheit sagten, flogen sie aufs Wasser. Wenn von einer unstilligen Handlung die Rede sein könne, so läge sie auf der Seite der Fabrikanten. Der Verteidiger erging sich in längeren Ausführungen über die Entstehung des Vereinsgesetzes, das noch wie eine Ruine aus alten Tagen in unsere moderne Zeit hineinlage. Dann behandelte er die Frage, muß ein Mensch unter allen Umständen die Wahrheit sagen? Mit Berufung auf Autoritäten auf ethischem Gebiet und auf kirchliche Größen — die sämtlich eine Noiloge für erlaubt halten — verneinte er diese Frage. Dagegen griff er die Gefährlichkeit der den Arbeitern vorgelegten Rede an, die er als widerrechtlich und gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet. Der Staatsanwalt betonte, daß derjenige, der dem Arbeiter Brot gibt (1), auch verlangen kann, daß er die Wahrheit erfährt; in unserer Gesellschaftsordnung sei man noch an Wahrheit gewöhnt. (?) Das Gericht erachtete W. für schuldig und erkannte auf 30 Mark Geldstrafe oder vier Tage Haft. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß dem Arbeiter das Koalitionsrecht nicht gekürzt werden solle, aber dem Gericht sei wohl bekannt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband politischen Tendenzen huldige!!

Sachsen!  
Der Buchbinder-Aussperrung wird uns telegraphisch gemeldet, daß auch die Stuttgarter ausgesperrten den Einigungs-Vorschlägen zugestimmt und heute Dienstag früh die Arbeit aufgenommen haben.

Dagegen wird aus Berlin von der „Vollst.“ folgendes berichtet:  
Die Arbeitsaufnahme im Berliner Buchbindergewerbe ist heute Vormittag noch nicht vor sich gegangen. Es fanden vielmehr erst in den einzelnen Betrieben Besprechungen der Werkstätten-Vertrauensleute mit den Arbeitgebern statt, um über den Umfang der Wiedereinstellung eine Verständigung zu erzielen. In einer sehr stürmisch verlaufenen Versammlung sprachen sich die meisten Redner entschieden gegen die Annahme dieses Tarifes aus. Die Abstimmung über eine Resolution wurde auf Donnerstag vertagt, weil sich gestern der Versammlungsleiter weigerte, darüber abstimmen zu lassen.

### Aus den Gerichtssälen.

„Terrorismus“ im Saalkampf. Vor dem Breslauer Schöffengericht hatten sich am Montag der Maurer Josef Horstmann, der Bauarbeiter Rudolf Wexler und der Schlichter Karl Stephan zu verantworten. Sie sollen großen Unfug dadurch verübt haben, daß sie „durch Zureden und Handgreiflichkeiten“ das Publikum von den geübten Lokalen von Bensch und Scholz abzuhalten suchten. Der Bedienungsmann Konstantin Schmidt aus dem Lokale von Bensch will unter mehreren anderen Personen auch Horstmann und Stephan am Eingange des Lokals stehen gesehen haben, weil die Herren, die Demokraten sind“, das Lokal gesperrt haben. Der Ankläger August Lindner gibt an, alle drei Angeklagten hätten am Eingange des Lokals gestanden. Wexler sei der Schlimmste gewesen. Mit ausgebreiteten Armen habe er die Leute vom Besuche des Lokals abzuhalten gesucht. Etwa 20 Gäste hätten sich bei ihm beschwert, als er die Angeklagten aber vorbringen wollte, hätten sie ihn ausgelacht. Der Zeiger Edmund Dierich hat es für notwendig gehalten, beide Wirte, Bensch und Scholz, zu unterstützen. Als er von Scholz herausgenommen sei, habe Horstmann vor ihm ausgespuckt und ihn einen Schweinhund genannt.

Der Staatsanwalt war der Ansicht, die Angeklagten hätten Terrorismus von sehr arger Natur verübt. Wegen großen Unfugs beantragte er gegen Horstmann und Stephan je drei Tage und gegen Wexler fünf Tage Haft. Außerdem wegen Verleumdung des langwilligen Zeigers gegen Horstmann zehn Tage Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, der nun für Wexler erschienen war, bestritt, daß in den Vorfällen, wie sie von den Zeugen geschildert worden, die Merkmale des großen Unfugs zu erblicken seien und verwies im übrigen auf die verschiedenen Doktrinen, wie sie von Angehörigen anderer Gesellschaften geübt werden.

Das Gericht nahm an, daß hier eine sehr grobe Ausschreitung vorliege, die nichts gemein habe mit der Art des Terrorismus, wie es unter anderen Klassen vorkommt. Dieses Vorgehen hätte leicht zu Ergüssen führen können. Aus diesem Grunde habe eine empfindliche Strafe festgesetzt werden müssen, und da eine Geldstrafe möglicherweise aus der Parteilastigkeit erseht werden würde (1), sei wegen großen Unfugs gegen Horstmann und Stephan auf je zwei Tage Haft, gegen Wexler auf drei Tage Haft und wegen der Verleumdung gegen Horstmann auf fünf Tage Gefängnis erkannt worden.

Ein Nachspiel vom Breslauer Löcherstreik. Wegen Vergehens wider § 153 der Gewerbeordnung in Verbindung mit noch einem Dubend anderer Straftaten was gegen den Schloffer Kurt Gawert, den Stulleure Verhold Pfeifer und den Maurer Wilhelm Herting in Breslau Anklage erhoben worden. Der Arbeitswillige Osefener Paul H. Pfeifer wollte von ihnen verleibt, bedroht, mißhandelt usw. worden sein. Die Verhandlung, die am Montag vor dem Breslauer Schöffengericht stattfand, ergab aber schließlich das Aus einer regelrechten Prügelei auf dem Neubau Gütenbergstraße 28, an der der Arbeitswillige zweifellos den größten Teil der Schuld trug.

H. Pfeifer war in Dresden vier Monate arbeitslos geblieben. Als in den dortigen „Neuesten Nachrichten“ arbeitswillige gesucht wurden, kam er, wie er angibt, abnungslos hierher. Hier habe er dann zwar bald gemerkt, daß Streik sei, aber Geld und Hunger hätten ihn genötigt, die Arbeit anzunehmen. Von seinen Kollegen sei er oft verleibt worden, er habe ihnen aber in aller Ruhe ausgenommen, daß er arbeiten müsse. Durch die lange Arbeitslosigkeit sei er so heruntergekommen, daß es ihm nicht möglich sei, mit der Streikunterstützung auszukommen.

Als nach Beendigung des Streiks der Stulleure der Anklage Pfeifer auf genanntem Bau die Arbeit wieder aufgenommen hatte, will es dem Appell so vorgekommen sein, als ob sich im gleichen Zimmer, in dem er arbeitete, auf dem Stulleure-Gericht zwei Mann über „Streikbrecher“ unterhielten. Pfeifer trat er an das Gerüst heran und merkte nun, daß Pfeifer sich allein auf dem Gerüst befand. Pfeifer ließ ihm nun zu, er möge sich hoch die Augen an seiner Arbeit nicht entweihen, was den Appell veranlaßte, sündtrotzig zu toben. Das Selbstgespräch, nahm er an, habe ihm gefallen. Auf den entflammten Lärm hin waren erst Gawert und dann Herting herbeigekommen. Als Appell gerade drohte, dem Stulleure ein Stück Ziegel an den Kopf zu werfen, mahnte Gawert zur Ruhe. Man kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf Herting den Arbeitswilligen als einen „erschaffen Menschen“ bezeichnete: haben soll, worauf dieser mit einer Flut anderer Schimpfwörter antwortete. Daß man versucht hätte, ihn zur Teilnahme am Streik zu veranlassen, konnte der Arbeitswillige nicht behaupten.

Bei dieser Sachlage ließ selbst der Staatsanwalt die Anklage aus § 153 fallen. Sein Antrag lautete gegenüber Gawert wegen Verleumdung auf 20 Mark und wegen Körperverletzung auf 30 Mark Geldstrafe, gegen Pfeifer nur wegen Verleumdung auf 30 Mark Geldstrafe. Herting dagegen sollte der Verleumdung schuldig, aber für straffrei erklärt werden. Rechtsanwalt Simon beantragte bezüglich Gawert und Pfeifer Kompensation, da die Verleumdungen, wie auch die Körperverletzung durch Appell selbst veranlaßt und außerdem auch sofort erwidert worden. Gegen Herting sei das Verfahren einzustellen, da gegen ihn ein Strafantrag wegen Verleumdung nicht vorliege.

Das Gericht verurteilte Gawert und Pfeifer zu je 30 Mark Geldstrafe. Das Verfahren gegen Herting wurde eingestellt.

Verleibt werden ein Geschäft. In einen sonderbaren Prozeß ist der „Ober-schlesische Anzeiger“ in Ratibor verwickelt worden. Im Februar hatte dieser aus einem niederschlesischen Blatte eine Notiz mit der Spitzmarke: „Ein irrendes Familien-drama“ entnommen, die den Hamburger Agenten H. Härtel in Hamburg betraf. Das niederschlesische Blatt wieder hatte die Notiz auch nur aus einem Berliner Blatte geschöpft. Nach mehreren Wochen erhielt der „Ober-schles.“ Anz.“ von dem Agenten ein Schreiben, nach welchem die Notiz völlig unrichtig sei. Das Blatt brachte daraufhin sofort eine Berichtigung, Härtel gab sich aber damit nicht zufrieden. Der Artikel sei für ihn und seine Frau schwer beleidigend und außerdem sei er auch geschäftlich geschädigt. Von einer Klage wolle er absehen, falls ihm eine Entschädigung gezahlt werde. In dem von einem Rechtsanwalt verfaßten Briefe hieß es zum Schluß: „Ich frage an, wie viel zur genählichen Abfindung meines Mandanten geboten wird.“ Da das Schreiben keinerlei Angaben über die Höhe des angerichteten Schadens enthielt, unterließ es das Blatt, ein „Angebot“ zu machen, worauf gegen den verantwortlichen Redakteur Anklage erhoben wurde. Härtel trat als Nebenkläger auf. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 60 Mark und Härtel ließ durch seinen Rechtsanwalt beantragen, an ihn 500 Mark Buße zu zahlen. Der Redakteur wurde zu hundert Mark Geldstrafe verurteilt; der Nebenkläger dagegen ist mit seinem Anspruch abgewiesen worden. Es war ihm nachgewiesen worden, daß er von dem niederschlesischen Blatte in gleicher Weise eine Abfindung verlangt hatte. Wenn Härtel alle Blätter, die die Notiz nachgedruckt hatten, zu einer Buße herauszugeben die Absicht haben sollte, würde das für ihn kein kleines Geschäft sein. — Wer die Notiz in die Presse lanciert haben mag, wird die Welt wohl nie erfahren, vielleicht läßt sich aber feststellen, wie viel Blätter von Härtel um eine Entschädigung angegangen worden sind.

g. Anführer der Landproletarier. Der Landarbeiter Christian Maloff und dessen Ehefrau Marie Maloff, beide aus Polen, standen vor dem Schöffengericht in Halle a. d. S. wegen Kontraktbruchs. Beide sollen den Dienst bei dem Gutsherrn Junke ohne gesetzmäßigen Grund verlassen haben. Die Beschuldigten behaupteten, sie wären zweifellos berechtigt gewesen, den Dienst kündigungslos zu verlassen. Ihre Schlafstellen hätten sich unter dem Dach befunden und da wären sie bei jedem Regenwetter vollständig durchnäßt worden. Der Geman habe sich insbesondere eine Augenentzündung zugezogen. Nach jener Erkrankung habe man ihnen ein kleines Zimmer angewiesen, in dem aber noch ein anderes Ehepaar mitschlafen mußte. Das Essen sei unzureichend und zumweilen ungenießbar gewesen. Im Hofraum sei es so eng hergegangen, daß gewöhnlich 2 bis 3 Personen hätten stehen müssen. Der Herr Staatsanwalt sagte, die Angeklagten seien sehr ansehnliche Menschen und beantragte gegen beide Angeklagte je 15 Mark Geldstrafe wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes. — Wir wünschen, der Herr Staatsanwalt könnte verurteilt werden, nur eine kurze Zeit bei Herrn Junke dienen zu müssen, dann würde er von seiner Ansicht bald pariert sein. Uebrigens stelle man diese „Anspruchsfälle“ der beiden Proletarier, der fünf geschilberten „Anspruchsfälle“ eines preussischen Prinzen gegenüber und man wird einsehen, daß wir in der besten der Welten leben. Das Gericht erkannte die Buße zu werden wohl an, belegte die Angeklagten aber mit je 3 Mark Geldstrafe.

Die Schießbuchmogeleten in Trier. Nach sechstägiger unter vollstem Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung, wegen der großartigen Schießbuchmogeleten sprach am Sonnabend Abend das Kriegsgericht der 16. Division sein Urteil. Major Meier wurde wegen vorfälliger und unrichtiger Aemtion einer Wredung und wegen Ungehorsams zu einem Jahr und einem Tage Festungshaft und Dienstentlassung, Hauptmann Jönis wegen Unterlassung einer Meldung, Mißhandlung und Mißbrauch der Waffe zu sieben Monaten Festung, die Landwehrfeldwebel Stahl, Unterberg und Wachwirth wegen Ungehorsams und unrichtiger Meldung zu sechs Monaten und einer Woche Gefängnis, der Feldwebel Schowe wegen Begünstigung und Mißbrauch der Dienstwaffe zu drei Tagen Militärarrest verurteilt. Feldwebel Ehilla wurde freigesprochen. Der ehemalige Sergeant Bienefeld, der den ganzen Prozeß in Rollen gebracht hatte, erhielt eine Buße von vier Monaten Gefängnis. Die Begründung des Urteils fand wieder in nicht öffentlicher Sitzung statt. — Da scheint wieder einmal oberflächlich schwarze Wäsche gewaschen zu sein. So leicht läßt ein Kriegsgericht einen leibhaftigen Major auf ein Jahr nicht in den Kerker.

Südwandenschwinbel. Das sächsische Nahrungsmittelunternehmensamt in Dörfelitz wendet in jüngster Zeit seine Aufmerksamkeit der Untersuchung der zum Verkaufe gelangenden Südwandenschwinbel zu, nachdem sie herausgefunden hat, daß deren Herstellung



... zur Vollst. gelangen, trat wieder Ruhe ein. ...

**Breslauer Sommertheater.** Heute Dienstag ...

**Breslauer Jenseitsdichter.** Wie bereits gemeldet, sind ...

**Die Mückenfrage** zwischen der Posener und der Glogauer ...

**Mit der Frage der Erhöhung der Dreschensätze** ...

**Nachtritt der Tod den Menschen an.** Am Montag ...

**Unter die Räder eines Kollwagens** geriet am 28. d. M. ...

**Immer wieder das Abkippen vom Straßenbahnwagen.** ...

**Der Todesprung.** Am 30. d. M. sprang ein 51 Jahre ...

**Generalalarm.** Am 29. d. M. Abends wurde die Feuer ...

**Beim Einsetzen einer Schraubenkeilbohrer in dem Kon-** ...

**Nachfahrtsfall.** Am 29. d. M. führte eine Frau ...

**Waghalsiger Sprung.** Am 29. d. M. Vormittags ...

**Vermitzt wird seit dem 27. d. M.** der 16 Jahre alte ...

**Brand.** In der Nacht von Sonnabend zum Sonntag ...

**In das Polizeigefängnis eingeliefert** wurden am ...

**Gefunden wurden:** ein Perlenkettchen, ein Paar Hand ...

**Abhanden kamen:** eine silberne Herrenuhr und ein Porte ...

**Rechtsgenossen** wurde ein Dienstmädchen, welches einem ...

**Gestohlen wurden:** einem Kutscher auf der Politzstraße ...

den Bestand zu erhalten, dieser Tage nach dem Kleinen Saale des ...

### Aus Schlesien und Polen.

#### Eine mißglückte Staatsaktion.

Am 28. Juli hatten sich die Genossen Stödel und Gindl ...

Genosse St. hatte zum 9. Mai 1905, Abends 7 1/2 Uhr, ...

Der Wunsch nach einer Bahnverbindung der großen im Nord- ...

#### Kleine provinzielle Nachrichten.

Der Wunsch nach einer Bahnverbindung der großen im Nord- ...

#### Quittung.

Für die freireisenden Lithographen und Steinbrucker ...

### Versammlungen und Vereine.

**Zählerversammlung.** Was lebt und die letzte ...

### Zahlreiche christliche Gewerkschaftsversammlungen

haben im Anschluß an den Breslauer Kongreß in der Provinz ...